

Solidarität Demokratie Zukunft

DGB

GEGEN BLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

Ausgabe 31 Januar/Februar 2015

Blinde Flecken in der aktuellen Politik



Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Debattenmagazin GEGENBLENDE,
Redaktion: Dr. Kai Lindemann/Redaktionsassistentin: Martina Hesse
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile,
Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.
© Deutscher Gewerkschaftsbund

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial	4
Die Macht der Internetkonzerne	5
von Ulrich Dolata	
Belgien in Aufruhr	11
von Bernard Schmid	
Die gespaltene EU-Integration (Buchrezension)	14
von Harald Werner	
Das Leben ist hochspekulativ (Filmkritik)	17
von Jürgen Kiontke	
Hartz IV – Druck auf die Löhne	20
von Lars Niggemeyer	
Politische Musik – neue Empfehlungen	24
von Rhett Skai	
Europa und die Deflation	27
von Tomasz Konicz	
Wachstumskritik und die sozial-ökologische Transformation	31
von Norbert Reuter	
Soziale Ungleichheit heute	36
von Helmut Martens	
Die Arbeitsorganisation der Indirekten Steuerung	41
von Stephan Siemens und Martina Frenzel	



Die Organisation von Niedriglohn-Beschäftigten in Worker Centers.....	46
von Martina Benz	
Reiner Hoffmann zu den Folgen der Griechenlandwahl für Europa (Interview)	51
von Henning Meyer	
Der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ und was er uns über die Gesellschaft verrät.....	54
von Zygmunt Bauman	
Die Misere der gewerkschaftlichen Vertretungsrechte in den USA	59
von Thomas Greven	
Arbeiten in der IT-Branche – Selbstbestimmung unter Zeitdruck	64
von Nadine Müller	
Eindringliche Warnung an die europäische Sozialdemokratie	71
von Andreas Botsch	



Editorial

Die GEGENBLENDE Ausgabe 31 beinhaltet Schwerpunktbeiträge, die sich der europäischen Krisenpolitik, Hartz IV, der Digitalisierung, sozialer Ungleichheit und dem Wachstumsthema kritisch widmen. Sie beziehen sich alle auf oft unhinterfragte Argumentationen im politischen Betrieb. Zudem gibt es internationale Beiträge, die u.a. die aktuelle Situation der amerikanischen Gewerkschaften betrachten.

Eine gute Lektüre wünscht

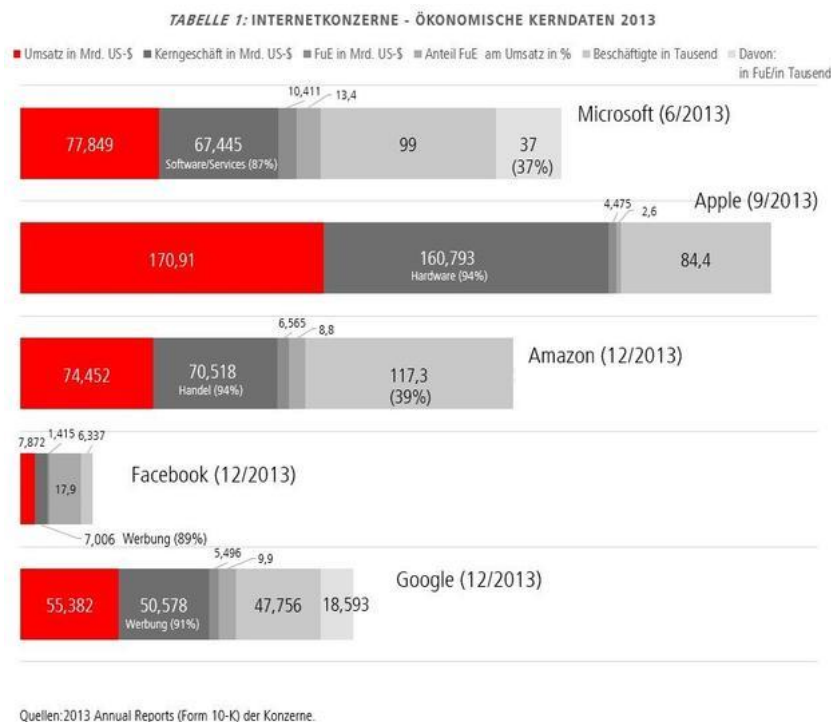
Kai Lindemann



Die Macht der Internetkonzerne

von Ulrich Dolata

Zur Jahrtausendwende wurden große Hoffnungen in die Internetökonomie gesetzt, die von einer Vielzahl digitaler Geschäftsmöglichkeiten, vollkommenen Märkten, freier Konkurrenz und dezentralen Strukturen geprägt sein sollte. Mit der heutigen Realität hat das nicht mehr viel zu tun. Das kommerzielle Internet wird mittlerweile von einer Handvoll international tätiger Konzerne beherrscht, die alle in den USA ihren Hauptsitz haben und wesentliche Segmente des Netzes monopolartig dominieren. Das sind zum einen reine Internetkonzerne wie Google, Facebook und Amazon und zum anderen der Computer- und Unterhaltungselektronikhersteller Apple sowie der Softwarekonzern Microsoft, die bereits Mitte der 1970er Jahre entstanden und in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mehr oder minder erfolgreich in das Internetgeschäft eingestiegen sind (Tab. 1). Mit Ausnahme von Facebook gehören alle mittlerweile zu den 50 umsatzstärksten Konzernen der USA. [1]



[1] Die Ausführungen basieren auf einer umfangreicheren Studie, die als kostenfreier Download zur Verfügung steht: Ulrich Dolata, Märkte und Macht der Internetkonzerne. Konzentration – Konkurrenz – Innovationsstrategien. SOI Discussion Paper 2014-04. Stuttgart: Institut für Sozialwissenschaften. (<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/index.html>).



Marktkonzentration

Diese fünf Konzerne prägen nicht nur wesentliche Angebote und Märkte des Internets und der IT-Industrie. Sie regeln als Betreiber der zentralen Infrastrukturen auch die Zugänge zum Netz, strukturieren die Kommunikationsmöglichkeiten der Nutzer und sind wesentliche Treiber des Innovationsprozesses.

Der *Internethandel* ist die Domäne von Amazon, dem mit Abstand größten Einzelhändler im Web. Betrachtet man die zehn größten US-amerikanischen Internethändler (darunter Apple, Staples, Walmart und Sears), dann erwirtschaftete Amazon im Jahr 2013 weltweit einen höheren Umsatz im Internethandel als die folgenden neun Konzerne zusammen. In Deutschland, dem zweitgrößten Markt des Konzerns, kam Amazon 2013 auf einen Umsatzanteil von knapp 24% am gesamten E-Commerce-Markt.

Das Segment der *Suchmaschinen* wird eindeutig von Google beherrscht. In den ersten fünf Monaten in 2014 entfielen weltweit 70% aller Suchanfragen auf dem Desktop und 91% auf Tablets und Smartphones auf den Marktführer. In den westlichen Ländern (mit Ausnahme von Japan) ist Google die unangefochtene Nummer 1. 2013 kam der Konzern in den USA auf 67%, in Deutschland auf 93%, in Frankreich und Italien jeweils auf 95% und in Großbritannien auf 89% der Suchanfragen.

Im Bereich der *sozialen Netzwerke* hat sich Facebook in wenigen Jahren vom Newcomer zum weltweit dominierenden Unternehmen entwickelt. Ehemals führende Plattformen wie MySpace oder StudiVZ in Deutschland wurden in die Bedeutungslosigkeit gedrängt. Ende 2013 hatte der Konzern 1,2 Mrd. monatlich aktive Nutzer; die zweitplatzierte Plattform Google+ kam zur selben Zeit auf sehr großzügig geschätzte 550 Mio. aktive Nutzer.

Auch der schnell wachsende Markt für *Internetwerbung* ist hochkonzentriert. In den USA entfallen etwa 70% des gesamten Werbe-Umsatzes im Internet (2013: 42,8 Mrd. US \$) auf zehn Unternehmen. Allein auf den Marktführer Google entfielen in den USA gut 50% der Internet-Werbeeinnahmen. Auch weltweit wird dieser Markt eindeutig von Google beherrscht: Der Konzern erwirtschaftete 2013 insgesamt 50,6 Mrd. US \$ mit Werbeeinnahmen, mit deutlichem Abstand gefolgt von Facebook (7,0 Mrd. US \$), Yahoo (3,7 Mrd. US \$) und Microsoft (3,0 Mrd. US \$).

Den *Markt für mobile Geräte* beherrschen zur Zeit Apple und Samsung Electronics, die damit in 2013 beide einen Umsatz von jeweils etwa 130 Mrd. US \$ erzielten. Betrachtet man nur die Zahl verkauften Smartphones, dann kamen die von Samsung auf einen Marktanteil von 31% und die hochpreisigen von Apple auf 15,6%. Im



Bereich der Betriebssysteme mobiler Geräte sind Google und Apple die wichtigsten Konkurrenten. Im Mai 2014 war auf 48% aller verfügbaren Geräte Apples proprietäres System iOS und auf weiteren 42% Googles kontrolliert geöffnetes System Android installiert.

Expansion

Die Konzerne dominieren allerdings nicht nur einzelne Segmente des kommerziellen Internets. Sie arbeiten auch intensiv daran, sowohl die privaten Nutzer als auch Werbetreibende möglichst umfassend und dauerhaft an ihre Dienste zu binden. Das versuchen sie über den Ausbau ihrer verschiedenen Geschäftsfelder zu *integrierten soziotechnischen Ökosystemen* mit aufeinander abgestimmten Diensten, Programmen und Geräten. Vor allem Google, Apple und Amazon zeichnen sich durch Diversifikationsstrategien in neuen Betätigungsfeldern aus und stehen dort in scharfer Konkurrenz zueinander.

Die eine zentrale Auseinandersetzung findet auf dem Feld *internetbasierter Medieninhalte und -dienste* statt. Google, Apple und Amazon haben sich im vergangenen Jahrzehnt zu Online-Medienkonzernen entwickelt und versuchen sich als Komplettanbieter eines breit gefächerten Angebots aus kommerziellen Diensten und Inhalten zu profilieren. Während Apple bereits 2003 mit seinem iTunes Music Store und Google 2006 mit dem Erwerb der Video-Plattform YouTube in dieses Segment eingestiegen sind, folgt Amazon seit Ende der 2000er Jahre diesem Trend. Mittlerweile verfügen die drei Konzerne über ein breites Portfolio von Medienangeboten (von digitalen Musik- und Video-Diensten, eBook- und Spieleangeboten, über App-Stores für mobile Anwendungen bis zum Fernsehen über das Internet). Damit dringen sie in die Domänen klassischer Medienkonzerne (Film, Musik, Buchverlage) und etablierter Spieleanbieter (wie Microsoft, Sony und Nintendo) sowie netzbasierter Verleih- und Streamingfirmen (wie Netflix, Hulu oder Spotify) ein. Apple und Amazon bieten als Zugang zu ihren Inhalten und Diensten zudem komplette Gerätefamilien an, während Google – auch aufgrund des schnellen Scheiterns seiner bislang teuersten Übernahme, des Handyherstellers Motorola – auf die Verbreitung seines offenen mobilen Betriebssystems Android und seines App Stores setzt.

Die zweite Auseinandersetzung findet um die *Vorherrschaft im mobilen Internet* statt. Sie wird vor allem zwischen Google und Apple ausgetragen, deren Betriebssysteme 2014 auf etwa 90% aller mobilen Geräte installiert waren und die mit Abstand über die größten App-Stores verfügen. Daneben versucht sich auch Amazon mit einem Komplettangebot aus mobilen Geräten und Diensten zu einem neuen ernstzunehmenden Konkurrenten zu entwickeln. Mittlerweile hat die Dominanz von Google und Apple auf dem Markt für Mobile Devices dazu geführt, dass sich sowohl andere Gerätehersteller als auch große



Telekommunikationskonzerne deren Regeln unterwerfen müssen, wenn sie deren Software nutzen bzw. Geräte verkaufen wollen. Während Apple mit seinem Vordringen ins mobile Internet vor allem darauf zielt seine Hardware zu vermarkten, ist es das Ziel von Google, den Nutzern über die Verbreitung seines Betriebssystems und Browsers auf mobilen Geräten Zugang zu seinen Diensten zu verschaffen.

Neben diesen zwei großen Trends entwickeln sich in den letzten Jahren zwei weitere neue Felder der Expansion. Amazon, Apple und Google sind mittlerweile auch große Anbieter von *Speicherplatz, Rechnerkapazitäten und Cloud-Diensten*, auf die nicht nur individuelle Internetnutzer ihre Musik, Bilder, Dokumente, Kontakte und Programme extern ablegen, sondern auch Geschäftskunden interne Datenverarbeitungsstrukturen auslagern können.

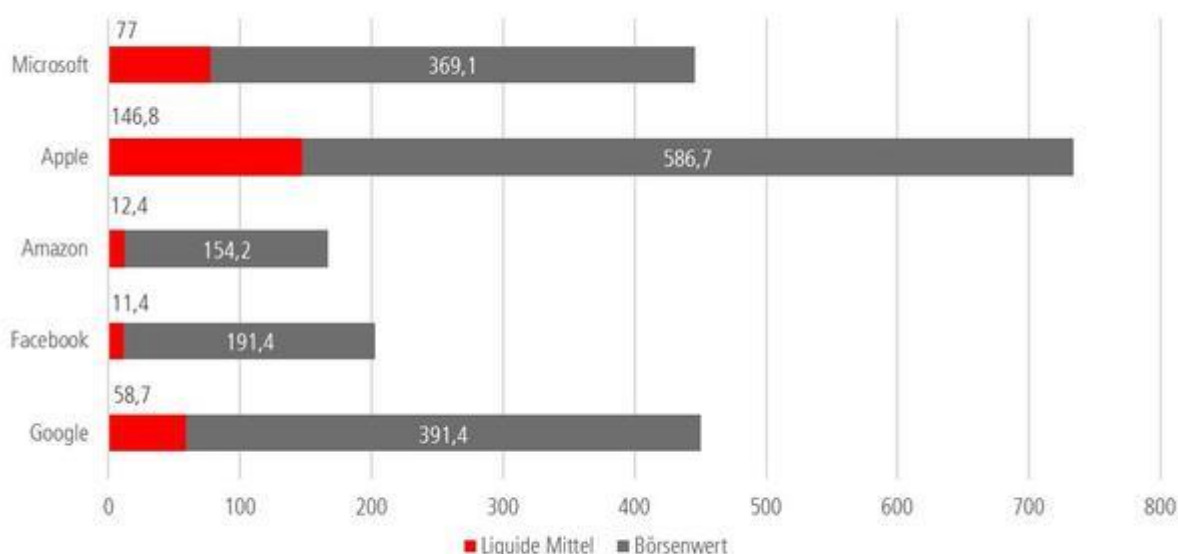
Darüber hinaus dringen Google, Apple und Amazon zunehmend auch in neue Bereiche vor, die bis vor kurzem noch nicht mit dem Internet in Verbindung gebracht wurden. So hat sich Google mit der Akquisition des Thermostate- und Rauchmelder-Herstellers Nest auf das Feld des *vernetzten Haushalts* begeben, auf dem auch Microsoft, Haushaltsgeräte-Hersteller wie Bosch oder der Netzausrüster Cisco tätig sind. Apple treibt mit seiner 2014 vorgestellten Apple Watch die Konkurrenz im Bereich der *Wearables*, also am Körper tragbarer Informationstechnik für Gesundheit und Fitness voran. Und schließlich konkurrieren Google und Apple um die Vorherrschaft im *vernetzten Auto*. Das Ziel ist wiederum: die Hersteller für ihre Systeme zu gewinnen. Beide Konzerne sind mit der Open Automotive Alliance (Google) und mit iOS in the Car (Apple) strategische Allianzen mit Automobilkonzernen eingegangen.

Ressourcen

Die Grundlage der Expansionsstrategien bilden große wirtschaftliche Ressourcen: zum Teil sehr hohe liquide Mittel und exorbitante Börsenwerte, die den Konzernen die Möglichkeit zu kontinuierlich hohen Investitionen und teuren Akquisitionen eröffnen (Tab. 2).



TABELLE 2: LIQUIDE MITTEL UND BÖRSENWERTE AUSGEWÄHLTER INTERNETKONZERNE (IN MRD. US-\$)



Liquide Mittel: Bargeld, Bank- und Scheckguthaben sowie sofort liquidierbare Vermögensbestände (cash, cash equivalents and short time investments).

Börsenwert: Anzahl der Aktien multipliziert mit Aktienkurs (market capitalization).

Quellen: 2013 Annual Reports (Form 10-K) der Konzerne; Fiscal Year End; NASDAQ: Market Cap am 18.8.2014.

Aufgrund dieser außerordentlichen Finanzkraft sind die Internetkonzerne zum einen in der Lage, massiv in den weiteren Ausbau und die Qualität ihrer *technischen und logistischen Infrastrukturen* zu investieren – z.B. in Serverarchitekturen, Datenerhebungs- und -auswertungstechnologien, in die Qualität von Suchalgorithmen und die technische Integration weitläufiger Ökosysteme oder, wie im Fall von Amazon, in die konzerneigenen Bestell- und Lagersysteme. Schon das macht es Neueinsteigern ausgesprochen schwer, jenseits von noch nicht besetzten Nischen zu ernsthaften Konkurrenten der Etablierten in ihren Kerngeschäftsfeldern zu werden.

Zum anderen verfügen alle Internetkonzerne über die finanziellen Ressourcen, um auf anhaltend hohem Niveau in ihre eigene *Forschung und Entwicklung* zu investieren – nicht nur in die ständige Qualitätsverbesserung ihres bereits etablierten Produkt- und Dienstleistungsangebots, sondern auch in neue Technik- und Innovationsfelder, mit denen sie ihren Handlungsradius sukzessive erweitern.

Hinzu kommt schließlich, dass alle Konzerne problemlos in der Lage sind, in neue Geschäftsfelder über zum Teil sehr kostspielige *Beteiligungen und Akquisitionen* einzudringen. Der weit überwiegende Teil der zahllosen kleineren ‚Business-as-usual‘-Aufkäufe, die alle Konzerne regelmäßig tätigen, dient der Erweiterung von Know-how und Anwendungen, die das jeweilige Kerngeschäft unterstützen. Die



Akquisitionsstrategien zielen aber auch darauf, in neue Bereiche zu expandieren, ohne dazu auf interne Ressourcen und Kompetenzen zurückgreifen zu müssen. Die Übernahme erfolgreicher Newcomer ist zudem ein probates Mittel, um potenzielle Mitkonkurrenten frühzeitig aus dem Rennen zu nehmen und deren Leistungen in den eigenen Konzern zu integrieren – wie z.B. im Fall der bislang teuersten Akquisition von WhatsApp durch Facebook Anfang 2014.

Macht

Die Macht der Internetkonzerne resultiert aber nicht nur aus den überlegenen *ökonomischen* Ressourcen – ihrer Finanzkraft, ihrer Forschungsstärke, ihrer Marktdominanz. Sie basiert darüber hinaus auch auf ihrer Fähigkeit, mit zahlreichen und aufeinander abgestimmten Angeboten die Rahmenbedingungen sozialer Zusammenhänge – Konsumwelten, Informations- und Kommunikationsmuster, soziale Beziehungsnetzwerke – maßgeblich zu gestalten. Durch diese *infrastrukturelle Macht* werden die Internetkonzerne auch zu regelsetzenden und -kontrollierenden Akteuren: Sie fungieren als Gatekeeper, die Zugänge zum Web zur Verfügung stellen und strukturieren das Online-Erlebnis individueller Nutzer, sie geben die Rahmenbedingungen für deren Bewegung vor und prägen dadurch das Verhalten der Nutzer mit.

Darüber hinaus erweitern die Internetkonzerne, indem sie ihre verschiedenen Angebote vernetzen und die dort anfallenden Nutzerspuren systematisch miteinander abgleichen, ihre *Macht über die Daten*. Mit den großen Datenmengen, die sie generieren und verarbeiten, lassen sich nicht nur ausdifferenzierte Nutzerprofile erstellen, mit dem expliziten Ziel, möglichst schon zu wissen, was ein Nutzer will, bevor dieser es selbst weiß. Sie dienen den Konzernen auch als wichtiger Impuls für ihre Forschung und Produktion und tragen dazu bei, ihre Produkte und Dienste zu verbessern und sie immer genauer auf die Präferenzen der Nutzer auszurichten.

Der Einfluss der Internetkonzerne reicht damit deutlich über marktbeherrschende Positionen hinaus und weit in die Gesellschaft hinein. Nicht Dezentralisierung und Demokratisierung, sondern Konzentration, Kontrolle und Macht sind die Kerneigenschaften, die die Entwicklungstendenzen des (kommerziellen) Internets heute vor allem anderen prägen.

Autor/in: Prof. Dr. Ulrich Dolata, Professor für Organisations- und Innovationssoziologie an der Universität Stuttgart und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften



Belgien in Aufruhr

von Bernard Schmid

Das Jahr 2014 endete in Belgien und Italien mit gewerkschaftlichen Aufrufen zum Generalstreik. Viele soziale Proteste folgten. In [Belgien fand der Generalstreik](#) am Montag, den 15. Dezember statt. Nicht nur öffentliche Dienste und Verkehrsbetriebe wurden weitgehend lahmgelegt. Auch zahlreiche Privatunternehmen wurden bestreikt, und in mehreren Städten wie Jemeppe-sur-Sambre, Andenne, Couvin, Mettet, Philippeville, Florennes, Dinant, Ciney oder Beauraing blieben die Einkaufszentren komplett geschlossen. Auch in den Industriegebieten von Rhisnes, Seilles, Créalys, Malonne oder Naninne wurden die Zufahrtswege zum Teil mehrere Stunden blockiert. In Andenne gab es bei einem nonverbalen Schlagabtausch zwischen Streikunterstützern und –gegnern einen Verletzten.

Der landesweite Generalstreik folgte dem ersten Streiktag am 6. November, keine vier Wochen nach der Bildung der amtierenden Rechts-Rechts-Regierung. An diesem Tag nahmen rund 120.000 Menschen an der Demonstration in der Hauptstadt Brüssel teil. Gemessen an der Einwohnerzahl des Landes ist dies mit einem Protestzug von mehr als einer halben Million Menschen in Paris oder Berlin vergleichbar. Die Demonstration wurde deshalb schon vielfach als [„historisch“](#) bezeichnet. Nach dem 6. November folgten am 24. November regionale Streiks in den vier Provinzen Belgiens: Lüttich, Luxemburg, Limburg und Antwerpen.

Zum Generalstreik am 15. Dezember hatten alle drei großen belgischen Gewerkschaftsdachverbände ABVV/FGTB (sozialistisch), ACV/CSC (christlich) und ALCVB/CGSLB (liberal) aufgerufen, wobei vor allem die beiden Erstgenannten eine aktive Rolle spielten. Die doppelten Abkürzungen entsprechen den jeweiligen Landessprachen: Flämisch und Französisch.

Ausgang ungewiss

Seit Beginn des neuen Jahres ist man sich noch unsicher, wer sich auf Dauer wird durchsetzen können: die Regierung oder die Gewerkschaften. Jetzt, wo die Gewerkschaften ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis stellen konnten, kommt es zu einer Art sozialer Polarisierung. Die Unternehmerverbände bündeln ihre Kräfte auf Seiten der Streikgegner und stellen sich dabei hinter die Regierung. Sie haben eine Debatte angeschoben, ob nicht das „Recht der Arbeitswilligen auf Ausübung ihrer Berufstätigkeit“ mindestens auf gleicher Höhe stehen müsse wie das Recht auf Streik. Dabei appelliert dieses Lager auch an die Ängste der Kleinbürger und des Mittelstandes vor sozialem und wirtschaftlichem Abstieg. [Die Regierung steht deswegen unbeirrt zu ihren Positionen und scheint relativ fest im Sattel zu sitzen.](#) Die



Regierungsparteien durchlaufen allerdings nicht nur ein Popularitätstief, auch die Umfragewerte bezüglich der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit sind mit 12 Prozent in Wallonien und 26 Prozent in Flandern, wo ihre soziale Hauptbasis sitzt, äußerst schlecht. [Aber auch die politisch gegenläufig orientierte Regionalregierung aus Sozialisten und Christdemokratien in Wallonien hat nur einen Rückhalt von 16 Prozent.](#)

Der Anlass der Proteste

In der neuen Rechts-Rechts-Regierung darf nun die flämisch-nationalistische Partei, die N-VA mitregieren. Und da ihr unter anderem das Innenministerium überantwortet wurde, unterstehen ihr nunmehr 90 Prozent der belgischen Bundesbeamten. Auch die Polizei und die Geheimdienste fallen in dieses Ressort.

Der Regierungseintritt der rechten N-VA wurde dadurch möglich, dass die flämischen und die wallonischen Wirtschaftsliberalen – in Gestalt der französischsprachigen Partei MR („Reformbewegung“) und der niederländischsprachigen Open VLD - , sowie flämische Christdemokraten sich dazu entschlossen, eine „rein wirtschaftsorientierte Regierung“ zu bilden. Diese hört nun auf den Namen „Die Schwedische“, denn die Koalition vereinigt die Parteifarben blau für die Wirtschaftsliberalen und gelb für die flämischen Nationalisten. Hinzu kommt das Kreuz als Erkennungszeichen der Christdemokraten.

Es war eine Richtungsentscheidung, die zum Ausschluss der Sozialdemokratie aus dem neuen Kabinett führte. Bislang hatte diese, unter dem französischsprachigen Premierminister Elio Di Rupo, eine Regierung gemeinsam mit Christdemokraten und Liberalen beider Sprachgruppen gebildet. Doch dann entschlossen sich führende Politiker und Wirtschaftskreise, mit der Großen Koalition müsse nun endlich Schluss sein. Angeführt wird die neue Regierung vom erst 38jährigen Premierminister Charles Michel vom Mouvement Réformateur (MR).

In sozialer und wirtschaftspolitischer Hinsicht droht mit der neuen belgischen Regierung in vielen Bereichen ein rabiater, sozialer Kahlschlag. Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind immer noch von der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, deren Name nun in der Presse immer wieder fällt, geprägt. In Teilen Flanderns ist das durchaus populär. Dort ist man der Auffassung, dass die Wallonen und die Ausländer schon zahlen würden. Da der südliche französischsprachige Landesteil Wallonien aufgrund seiner sozialen Struktur, mit dem Niedergang der Schwerindustrie, bislang mehr Leistungen aus der Kranken- und der Arbeitslosenkasse bezieht als das dank Häfen und Dienstleistungsindustrie boomende Flandern, sollten nun die „armen Schlucker“ zur Kasse gebeten werden. Der Regierungschef der Region Wallonien, Rudy Demotte,



kritisierte Anfang Januar dieses Jahres die [„sozialdarwinistische Weltsicht der flämisch-nationalistischen Bewegung“](#).

Unterdessen werden die Regierungspläne für viele Menschen sehr konkret. Am 5. November 2014 berichteten die beiden Zeitungen Het Nieuwsblad und De Standaard, dass Langzeitkranke ab 2015 bis zu 269 Euro im Monat weniger erhalten würden, da es ihnen künftig nicht länger erlaubt wird, den Bezug von Arbeitslosengeld mit einer Leistung der Krankenkasse zu kombinieren.

Die belgische Linkspartei PTB publizierte bereits am 15. Oktober Zahlen zur eingeleiteten Rentenreform. 300 Euro weniger sollen Rentnerinnen und Rentner im Monat erhalten. Überdies soll - wie in vielen EU-Ländern - das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben werden, auf 66 im Jahr 2025 und dann weiter auf 67 binnen Ablauf von fünf Jahren. Die „Gruppe der Zehn“ (Verhandlungspartner aus Gewerkschaften und Kapitalverbänden) konnte allerdings Mitte Dezember 2014 einige punktuelle Abmilderungen schaffen.

Das belgische Frühverrentungssystem beruht auf einem Mechanismus, der seit 2012 juristisch als [„Arbeitslosigkeit mit Zulage seitens des Unternehmens“](#) gefasst wird. Ein Beschäftigter kann dabei in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und aufgrund des erreichten Lebensalters eine gesetzliche Rente mit Abschlägen bekommen. Aufgrund einer Zulage durch den früheren Arbeitgeber werden die Einkommensverluste durch die Abschläge jedoch kompensiert und die Person kommt in den Genuss einer normalen Altersrente. Die Person befindet sich also formal im Zustand der Erwerbslosigkeit, ist jedoch real im Rentenbezug.

Die Regierung wollte diese Regelung bereits zum 1. Januar 2015 abschaffen und künftig Frühverrentete erst ab dem 62. Lebensjahr in den Ruhestand gehen lassen, sofern Branchenregelungen nichts Abweichendes vorsehen. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber haben jetzt bis zum 30. Juni 2015 Zeit, um in Branchenkollektivträgen (entspricht den „Flächentarifverträgen“ in Deutschland) noch neue Frührentenregelungen zu vereinbaren. Kommen sie in den nächsten sechs Monaten zustande, dann haben sie auch künftig Bestand.

Als Erste protestierten die Beamten gegen die Pläne der Regierung, da sie am härtesten von den neuen Rentenregelungen betroffen wären. Polizisten traten noch während der Ende Oktober 2014 stattfindenden Herbstferien am Flughafen von Brüssel in einen Bummelstreik. Die staatliche Bahngesellschaft SNCB belegte [Teilnehmer „wilder Streiks“](#) mit beschleunigten Verfahren für Disziplinarstrafen. Schließlich fanden die ersten Arbeitsniederlegungen ohne Unterstützung durch einen der gewerkschaftlichen Dachverbände statt. Wie am 22. Oktober 2014 durch die Zeitung L'Echo bekannt wurde, sollen solche Sanktionen künftig innerhalb von zehn Tagen verhängt werden.



Ausblick

Seit dem Antritt der Rechts-Rechts-Regierung hat sich Belgien stärker polarisiert als lange zuvor. Es begann schon in der [ersten Sitzung des Parlaments am 14. Oktober](#). Abgeordnete der Oppositionsparteien empörten sich über Aussprüche mehrerer Regierungsmitglieder. Dazu zählten nicht nur Zitate der berühmten Leitfigur der flämischen Nationalisten Theo Francken, sondern auch ein frischer Ausspruch des neuen Innenministers Jan Jambon der N-VA. Er hatte gemeint, erklären zu müssen, flämische NS-Kollaborateure hätten „gute Gründe gehabt“, womit er die angebliche oder damals auch tatsächliche Benachteiligung Flanderns gegenüber dem damals reicheren und heute ärmeren Südbelgien meinte.

Ein [„Jahr der Leiden“](#) prognostiziert eine der auflagenstärksten Tageszeitungen den Belgierinnen und Belgiern für 2015.

Autor/in: Bernard Schmid, geboren 1971 in Süddeutschland, Jurist bei der CGT, dem Dachverband der französischen Gewerkschaften

Die gespaltene EU-Integration (Buchrezension)

von Harald Werner

Nach der Krise ist vor der Krise, hätte der Untertitel zu diesem Buch sein können. Inzwischen sieht es freilich so aus, als befände sich die EU längst schon wieder im Krisenmodus. Da kommt ein Buch zur rechten Zeit, das in zehn sehr präzisen Länderstudien zeigt, weshalb und auf welche Weise die Integration in den Mitgliedsländern zwischen Stockholm und Athen aus dem Ruder läuft. Es ist das zweite Mal nach der großen Krise, dass ein europäisches AutorInnen-Team um Steffen Lehndorff zehn Länderstudien vorlegt, die für GewerkschafterInnen, Arbeits- und SozialpolitikerInnen eine ebenso detaillierte wie kompakte Innenansicht der verschiedenen EU-Länder anbietet. Ging es bei der ersten, 2012 erschienenen Studie mit dem Titel „Ein Triumph gescheiterter Ideen“ noch um die unmittelbaren Verlaufsformen und Folgen der Krise, so geht es im neuen Band um die Umriss eines unaufschiebbaren Kurswechsels, der allein das Auseinanderbrechen der Währungsunion verhindern könnte.



Obwohl es an kritischen Analysen der Verwerfungen auf EU-Ebene nicht mangelt, besteht der große Vorteil dieses Bandes darin, dass er zwar auf der europäischen Ebene mit interessanten Beiträgen beginnt, dann aber mit seinen Länderstudien in die Tiefe geht. Das ist schon deshalb von besonderem Wert, weil die Länderstudien die gravierenden Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten aufdecken, welche in der üblichen Berichterstattung zur EU-Politik kaum in Erscheinung treten. Und nichts belegt die „Spaltende Integration“ besser, als dass es keine für alle Länder gleichermaßen wirkende Medizin gibt. Zwar leiden alle auf die gleiche Weise unter der Austeritätspolitik und dem irrwitzigen Konzept, sich aus der Krise heraus zu sparen. Doch wenn man sich die einzelnen Länderstudien genauer anschaut, zeigen sich so gravierende Unterschiede, dass das Projekt fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist, wenn nicht ein vertiefender Integrationsmodus gefunden wird, mit dem die schwächeren Ländern gezielt unterstützt werden.

Deutschland in der Konkurrenzunion

In seinem Einleitungskapitel fasst Lehndorff zunächst einmal die mit den Maastricht-Kriterien festgezurrten Konstruktionsmängel der „Konkurrenzunion“ zusammen, die das Euro-Gebäude 2010 fast zum Einsturz brachten. Hinter dem auslösenden Faktor des Desasters, nämlich der nach oben korrigierten Staatsschuld Griechenlands, stand ein Land, das damals nur 1,8 Prozent zur EU-Wirtschaftsleistung beisteuerte. Kein Spekulationsangriff hätte den Euro in Gefahr bringen können, wäre der gegenseitige Beistand der Euro-Länder im Maastricht-Vertrag nicht ausdrücklich verboten worden. Doch der Fluch der blöden Tat konnte Blödes nur gebären, als mit der vor allem von Deutschland verordneten Rezeptur versucht wurde, die Wirtschafts- zu einer „Stabilitätsunion“ zu erheben. Seit dem „hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur in vier der im vorliegenden Buch analysierten Länder das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht oder übertroffen.“ (S.15) Dieser Rückblick ist zusammen mit Lehndorffs Kapitel zur „neuen Karriere des Modell Deutschland“ (S.131) insofern besonders lesenswert, weil er nicht nur die Fakten für die überfällige Revision der europäischen Austeritätspolitik liefert, sondern auch für die politische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Bundesregierung. Denn was Merkel & Co. als Erfolgsmodell verkaufen möchten, verdankt sich nicht nur einer Politik, die im eigenen Land mit stagnierenden Arbeitseinkommen und der Aufblähung des Niedriglohnsektors bezahlt wurde. Es resultiert auch aus der Not der anderen Länder. Einerseits bremst die deutsche Binnenmarktschwäche die Importe anderer Mitgliedsländer aus und andererseits kann sich der deutsche Staat auf Grund der Schuldenprobleme seiner Nachbarn „real zum Nulltarif“ verschulden (S.151). Auch die berechtigte Klage über den deutschen Exportüberschuss muss eigentlich umformuliert werden: „Deutschland importiert zu wenig“. (S.93)



Die Länderstudien

Natürlich werden sich die meisten zunächst für die Länderstudie Griechenlands, dem Brandherd der Staatsschuldenkrise, interessieren. Der Beitrag belegt aber zunächst einmal wie hoffnungsvoll sich seine Wirtschaft vor der Krise entwickelte, als Griechenland nach den Iren die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Eurozone war (S.83). Zwar listet die Autorin ausführlich die inneren Probleme auf, die der Staatsverschuldung einen enormen Aufschwung verliehen, macht aber auch deutlich, dass erst die dann verordnete Schocktherapie in die griechische Tragödie führte.

Der Beitrag über Irland ist in der Hauptaussage am überraschendsten, denn es gelang dem Land den sozialen Zusammenbruch zu verhindern. In Österreich konnte in der Krise eine leichte Reallohnsteigerung durchgesetzt werden, weil letztlich die „Krise zu einer Wiedebelebung der österreichischen Sozialpartnerschaft geführt hat.“ (S.185) Ähnlich in Schweden, wo es trotz erheblicher sozialer Einbrüche gelang, mit geldpolitischen Maßnahmen „zwischen 12.000 und 15.000 Beschäftigungsverhältnisse zu sichern.“ (S.237) Bei all diesen eher positiven Beispielen ist jedoch unübersehbar, dass die nächste Krise größere Opfer kosten wird, weil sich die Sondereffekte der eher glimpflich durch die Krise gekommenen Länder erschöpft haben.

Ausgesprochen dramatisch fällt die spanische Bilanz aus, wo ein auf die Bau- und Tourismusbranchen gegründetes Wachstumsmodell zusammenbrach, zu dem es in keiner Branche eine Alternative gibt (S.40). Gleichzeitig ist „die Kluft zwischen den Einkommen der unteren 20% (...) um fast 30% größer geworden“, so dass der Anteil der armutsgefährdeten Beschäftigten in Spanien auf 12,3 % gestiegen ist (S.60). Wie Spanien leiden auch Frankreich und Italien unter erheblichen Strukturdefiziten, die allein schon deshalb problematisch sind, weil beide Länder zusammen mit Deutschland von zentraler Bedeutung für die Euro-Zone sind.

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit leidet nicht etwa an zu hohen Arbeits- oder Sozialkosten – wie öffentlich gern behauptet – sondern daran, dass die Unternehmen einen immer größeren „Anteil des erwirtschafteten Überschusses an die Anteilseigner“ ausschütten, während der Anteil der FuE-Aufwendungen seit 1992 dramatisch gesunken ist (S.69). Italien wurde von der Krise gewissermaßen auf dem falschen Fuß erwischt, weil von ihr ausgerechnet jene Firmen mittlerer Größe getroffen wurden, die eine führende Rolle bei Prozess- und Produktinnovationen spielten und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes deutlich hätten steigern können (S.66). Auch dies ist ein Beispiel für die Untauglichkeit eines Integrationsmodells, das alle über einen Kamm scheren will.



Fazit

Alles in allem zeigen die Länderstudien zwar ein unterschiedliches Bild, machen aber immer wieder deutlich, dass jedes Land geschwächt in die nächste Krise geht. Das gilt natürlich als erstes für die Mittelmeerländer, für die Annamaria Simonazzi schlussfolgert: „Die enormen ökonomischen und politisch-institutionellen Unterschiede zwischen den Ländern im Norden Kontinentaleuropas und dem europäischen Süden haben deutlich gemacht, dass es im Fall der Mittelmeerländer ein Fehler war, Mitglied einer Währungsunion ohne Fiskal- und politische Union zu werden. Das Überleben der Schwachen in einer Währungsunion erfordert Solidarität.“ Eine ebenso späte wie bittere Einsicht, von der Deutschland als europäische Hegemonialmacht freilich noch weit entfernt ist.

Über: **Steffen Lehndorff (Hrsg.) Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. 350 Seiten, vsa-Verlag 2014, 24.80 €**

Autor/in: Dr. Harald Werner, geboren 1940, Redakteur und Autor

Das Leben ist hochspekulativ (Filmkritik)

von Jürgen Kiontke

Dino Ossola (Fabrizio Bentivoglio) hat einen Traum. Er möchte zu den oberen Zehntausend gehören. Dino ist die leicht verschrobene Kernfigur in „Die süße Gier – Il Capitale Umano“, dem neuen Spielfilm von Paolo Virzì.

Seit der Finanzkrise laufen für Dino, dem kleinen Immobilienmakler, die Geschäfte nicht so richtig. Die Märkte machen nicht nur in Italien was sie wollen. Irgendwie müsste er mal den Sprung nach vorne schaffen. Die eine Ehe ist geschieden und in der nächsten kommt nun das Kind.

Seine Tochter Serena (Matilde Gioli), im besten Teenie-Alter, hat schon die richtige Wahl getroffen. Sie ist mit Massimiliano (Guglielmo Pinelli) zusammen. Beide sind jetzt für Dino das Ticket in die Oberschicht, denn der Junge ist ein Spross der Bernaschis, der reichsten und mächtigsten Familie in der Stadt. Gut, dass das Mädchen seinerzeit aufs Elitegymnasium geschickt wurde, wo sie ihren lockigen Superstar kennenlernte.



Verlockungen

Giovanni Bernaschi, der smarte Vater des Freundes, ist der Fürst der Börsenspekulation (Fabrizio Gifuni). Er hat seine „Finger“ in der Hälfte der italienischen Wirtschaft. Beim beiläufigen Tennis-Match auf dem Bernaschi-Anwesen kauft sich Dino in den vom Hausherrn geführten Spitzenfonds ein. Ganz ehrlich ist er dabei nicht. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verbieten eigentlich eine Kreditaufnahme zum Erwerb der Anteile. Daran hält sich Dino aber nicht.

Aber selbst der Tycoon Bernaschi muss rigide Regeln einhalten. Denn der Finanzmarkt ist nicht nur etwas Schillerndes; er ist gefährlich, chaotisch und nicht kontrollierbar. Der Kleinanleger Dino wird somit zur finanzpolitischen Handgranate. Sein Fondsmanager Giovanni weiß, dass er selbst am Rande der Großpleite steht. Dino muss es später lernen.

Gutes Geld, schlechtes Geld

Ganz ehrlich geht es in diesem Film sowieso nicht zu. Während Giovanni Bernaschi das Geld ranschafft, indem er Betriebe fusioniert und Leute auf die Straße setzt, haut seine Ehefrau Carla (Valeria Bruni Tedeschi) alles Geld auf den Kopf, was sie in die Finger kriegt. Einmal bringt sie den Chauffeur auf einer ihrer Shoppingtouren fast um den Verstand, weil sie alle 20 Sekunden die Fahrtrichtung ändern lässt: Handtasche, Friseur oder erst die Schuhe? Sie agiert aber nicht nur komplett sinnlos. Ihr Hobby ist ein altes Theater, in das sie viel Geld reinsteckt. Mit dem Intendanten kommt es schließlich auch zur belanglosen Affäre.

Diese große kapitalistische Erzählung braucht ihren Widerpart. Es ist die Tochter Serena Bernaschi, die ihre eigenen Pläne verfolgt. Sie durchschaut zwar Dinos Interesse an ihrer Beziehung zu seinem Sohn. Aber mit der Gier der Erwachsenen kann sie wenig anfangen. Sie ist gleichgültig, Reichtum ist ihr egal. Weil sie die Berechenbarkeit ihrer Familie anödet, hat sie sich in den größten Loser der Stadt, Luca (Giovanni Anzaldo), verliebt. Der saß schon im Knast, weil ihn sein krimineller Onkel einen Drogendeal in die Schuhe schob. Der Onkel wäre sonst nie mehr aus dem Gefängnis herausgekommen. Klar, der jugendliche „Knacki“ ist der einzig ehrliche im Film.

Klasse und Ehrlichkeit

Dieses recht fragile, klassenübergreifende Filmgebäude muss zwangsläufig ins Wanken geraten. Es folgt das Verbrechen mit Personenschaden. Irgendjemand hat einen Menschen auf dem Gewissen, und nur Serena weiß, wer es ist. Sie schweigt aber darüber, wer nachts mit dem Geländewagen ihres Freundes Massimiliano den



Fahrradfahrer überfahren hat. Unterdessen gehen Giovanni die Milliarden flöten und damit auch Dinos Investition. Wird nun der verschuldete Vater seine Tochter ausspionieren und ihren Freund in den Knast bringen, um sich finanziell zu retten?

Während die Polizei ermittelt weichen alle Gewissheiten. Alle Protagonisten kämpfen nun dagegen, lediglich ökonomisches Treibgut zu sein. Was ist der Gesellschaft ein Menschenleben wert? Um Schadenersatzansprüche auszurechnen, hat die Versicherung schon mal kalkuliert: Lebenserwartung, voraussichtliches Einkommen, Qualität und Quantität der menschlichen Bindungen. Im Fall des Fahrradfahrers geht es um 218.976 Euro. Damit kommt eine weitere Facette des Films zum Tragen, der in vielen Schichten arrangiert ist und vor allem flott und spannend ist.

Gelungene Inszenierung und packende Dramaturgie

Der Regisseur Paolo Virzì weiß, wie man Geschichten aus der Arbeits- und Finanzwelt kraftvoll erzählt. Schon mit der Komödie [„Das ganze Leben liegt vor dir“](#), in der er über die Arbeit im Callcenter erzählt, hat Maßstäbe gesetzt.

Bei seinem neuen Werk will man keine Sekunde verpassen. Die interessanten Wendungen, intelligenten Lösungen und Dialoge fesseln an die Handlung. Die dargestellte recht reduzierte Welt der Wirtschaft setzt der Regisseur mit perfekter Fotografie, Dramaturgie und immer wieder tollen Schauspielern in Szene. Er macht es, indem er die Ökonomie als Beziehungsgeflecht von Abhängigen darlegt. Geld, das sind wir schließlich alle.

Einerseits gibt es die Spielwiese für die Älteren - die Börse. Dafür stehen Dino und Giovanni. Die prekäre Ökonomie der Kulturszene und ihre haarspalterischen Diskurse repräsentiert Carla mit ihren Mitstreitern. Das Thema Berufseinstieg und Zukunftsplanung im gegenwärtig gebeutelten Italien diskutieren Serena und ihre Klassenkameraden. Für Erotik, Aggression und rasante Action sorgen wiederum alle zusammen.

Virzì lässt seine Schauspieler - von denen viele selbst schon als Regisseure gearbeitet haben - ihre Stärken ausleben. Sie wirken echt und authentisch in ihren Rollen. Auch die Arbeit des Regisseurs tut es. Besondere Fragen solle man besser in der Geschichte, in den Figuren und ihrem Verhalten verbergen, um sie nicht von vornherein wie etikettenhafte Stellungnahmen klingen zu lassen, betont Virzì: „Man kann also sagen, dass es gut ist, bestimmte Dinge ohne zu viel Nachdruck zum Vorschein zu bringen.“ Der Rest laufe unterschwellig mit: „Habgier, Konkurrenz, Wetteifer, Spekulation, Kultur, Generationenkonflikte.“



Konkurrenz, Spekulation, böses Ende? Das klingt wie Schülertheater. Kein Wunder, denn in der Wirtschaft, im Leben wollen alle mitspielen.

„Die süße Gier“. F/I 2013. Regie: Paolo Virzì, Darsteller: Valeria Bruni Tedeschi, Fabrizio Bentivoglio. Kinostart: 8. Januar 2015

Autor/in: Jürgen Kiontke, Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u.a. für das Amnesty-Journal.

Hartz IV – Druck auf die Löhne

von Lars Niggemeyer

Vor zehn Jahren, am 1. Januar 2005 trat die vierte Stufe der Hartz-Reformen in Kraft. Kernbestandteil war die Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz-IV) und die Abschaffung der „Arbeitslosenhilfe“. Die Lohnersatzrate der Arbeitslosenhilfe lag bei 53 Prozent des früheren Einkommens. An ihre Stelle trat die neue Sozialleistung Hartz IV, in welcher das Niveau auf die Höhe der Sozialhilfe herabgesetzt wurde. Gleichzeitig wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes deutlich verkürzt. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wird somit nicht mehr ein nach Erwerbstätigkeit erreichter individueller Lebensstandard ermöglicht, sondern lediglich das Existenzminimum gesichert. Die Höhe der Leistung für eine alleinstehende Person (391 Euro Regelsatz zuzüglich Unterkunftskosten) liegt damit deutlich unterhalb der offiziellen Armutsschwelle von 979 Euro. Die plakative Parole „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ entspricht damit leider der Realität. Hartz-IV-Empfänger sind verpflichtet jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Dabei wird keine Rücksicht auf Berufserfahrung und Qualifikation des Arbeitssuchenden oder die Höhe der Entlohnung genommen. Löhne, die ein Drittel unterhalb des tariflichen Niveaus liegen, müssen akzeptiert werden. Die Kombination der beiden Elemente – Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfeniveau für langjährige Beschäftigte und Zwang zur Annahme fast jeden Arbeitsangebotes – ist das zentrale Druckmittel gegen alle Lohnabhängigen. Bei den Beschäftigten hat die Angst vor Arbeitslosigkeit seit der Einführung von Hartz IV zugenommen. In der Folge ist ihre Bereitschaft gewachsen, schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne zu akzeptieren. Erwerbslose werden seit dem 1. Januar 2005 von den Jobcentern gezwungen, jeden prekären Job anzunehmen. Beides zusammen hat die Verhandlungsposition von Beschäftigten und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt massiv geschwächt.



Die Lohnentwicklung seit Hartz IV

Der Hartz IV-Effekt wird in der Lohnentwicklung deutlich, die sich in den Jahren nach 2003 von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt hat. Das heißt: die Arbeitnehmer konnten nicht mehr am Wachstum des Volkseinkommens teilhaben. Der konjunkturelle Aufschwung von 2006 bis 2008 war der erste nach 1949, der sinkende Reallöhne der Beschäftigten zur Folge hatte.^[1] Nachdem Hartz IV beschlossen wurde, brach die Lohnquote ein. Entfielen 2003 noch 71 Prozent des Volkseinkommens auf die Beschäftigten, waren es im Jahr 2007 nur noch 63 Prozent. Entsprechend sind die Gewinne der Unternehmen und Kapitalbesitzer (Lohnquote und Gewinnquote sind die beiden Bestandteile des Volkseinkommens) gestiegen. Der Rückgang der Lohnquote entspricht entgangenen Arbeitnehmerentgelten von 130 Milliarden Euro allein im Jahr 2007. Das heißt konkret: In diesem Jahr musste der einzelne Arbeitnehmer im Durchschnitt auf 3.600 Euro verzichten. Ein derart steiles Absinken der Lohnquote – um acht Prozentpunkte in vier Jahren – ist im normalen Konjunkturverlauf nie zu beobachten. Hier zeigt sich der unmittelbare Zusammenhang mit der Einführung von Hartz IV. Besonders starke Lohnverluste mussten nicht-tariflich entlohnte Arbeitnehmer im prekären Sektor hinnehmen, also genau in dem Sektor, der durch die Hartz-Gesetze gezielt gefördert wurde. Parallel sind die Gewinne der Unternehmen und die Einkünfte aus Vermögen explodiert. Hartz IV war im Ergebnis eine massive Gewinnförderungsmaßnahme für Unternehmen und Vermögende. Ihre Wirkung hält bis heute an. Die Lohnquote konnte deshalb das Niveau vor den Hartz-Gesetzen bisher nicht wieder erreichen.

Hartz IV war das Herzstück der Reformpolitik der Schröderregierung, die ein Regime der Angst auf dem deutschen Arbeitsmarkt errichtete. Das wird durch aktuelle Forschungsergebnisse von Matthias Knuth bestätigt, der die Auswirkungen der Hartz-Gesetze auf die Bereitschaft von Beschäftigten, den Arbeitsplatz zu wechseln, untersucht hat: „Die durchschnittliche Verbleibsdauer in einem Beschäftigungsverhältnis hat trotz der Zunahme „flexibler“ Beschäftigungsformen zugenommen. Die Reallokationsleistung des deutschen Arbeitsmarktes hat sich folglich verschlechtert. Neben der Einschüchterung durch die Arbeitsmarktreformen dürfte hierbei ursächlich sein, dass die Einstiegslohne in neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen rückläufig und die angebotenen Beschäftigungsbedingungen für bereits Beschäftigte unattraktiv waren.“^[2]

Die objektive Grundlage dieser Einschüchterung der Beschäftigten ist die Erosion des tariflich gesicherten Normalarbeitsverhältnisses. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich seit der Verabschiedung von Hartz IV qualitativ erheblich verschlechtert: Atypische Beschäftigung (Leiharbeit, befristete Jobs, Minijobs und Teilzeit unter 20 Wochenstunden) wurde deutlich ausgeweitet. Inzwischen sind 7,6 Millionen Menschen davon betroffen, 1,4 Millionen mehr als vor 10 Jahren. Der Zusammenhang zur Einführung von Hartz IV wird insbesondere durch die schnelle



Zunahme ab 2005 deutlich: Innerhalb von nur drei Jahren nimmt die atypische Beschäftigung um 26 Prozent zu und verharrt dann auf hohem Niveau. Besonders stark zugenommen hat die Leiharbeit, die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche hat sich verdreifacht. Dabei sind die Arbeitsverhältnisse meist nur von kurzer Dauer. Gut die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse wird nach weniger als drei Monaten wieder beendet. Trotz dieser Unsicherheit und ständigen Flexibilität verdienen Leiharbeitnehmer deutlich weniger als fest angestellte Kollegen, die die gleiche Arbeit machen. Arbeitslose werden seit den Hartz-Gesetzen bevorzugt in Leiharbeit vermittelt – denn jede dritte gemeldete offene Stelle ist inzwischen ein derartiger Job und der einzelne Arbeitslose kann sich aufgrund der scharfen Sanktionen gegen die Vermittlung kaum wehren.

Der neue Begriff Prekarität

Die Folgen der Hartz-Gesetze kommen nicht überraschend. Gewerkschaften und Wissenschaftler haben bereits 2004 diese Entwicklung vorhergesehen und angemahnt. Die Memorandumgruppe aus kritischen ÖkonomInnen warnte vor einem „rückwärtsgewandten Programm der umfassenden Gegenreform“, das zur sozialen Destabilisierung führe. [3] Rückblickend muss man dieser Prognose Recht geben und die Politik der Schröderregierung als gezielte Strategie zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bezeichnen. Bereits 1997 hatte Pierre Bourdieu in einem inzwischen berühmten Vortrag die neuen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt detailliert analysiert und festgestellt: „Die Prekarität ist Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.“ [4]

Gerechtfertigt wird diese Politik mit angeblichen Beschäftigungserfolgen. Hartz IV hat aber entgegen diesen Behauptungen gar keinen positiven quantitativen Effekt auf den Arbeitsmarkt gehabt. Nur auf den ersten Blick erscheinen die Resultate positiv: Von 2004 bis 2014 ist die offizielle Arbeitslosenzahl um rund 1,5 Millionen Personen zurückgegangen. Die Aussagekraft dieser Zahl ist jedoch gering. Viele Arbeitslose werden nicht mehr als solche gezählt, weil sie sich in diversen "Maßnahmen" der Arbeitsagentur befinden, kurzfristig erkrankt oder älter als 58 Jahre sind bzw. von den Jobcentern als aktuell nicht "verfügbar" definiert werden. Aussagekräftiger ist die Anzahl der erwerbsfähigen Hartz IV-EmpfängerInnen, also der Arbeitssuchenden, die tatsächlich Hartz IV beziehen und in der Lage sind mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten. Ihre Zahl ist im Jahr 2014 fast genauso hoch wie am 1. Januar 2005. Eine Verringerung der Hilfsbedürftigkeit ist nicht eingetreten. Tatsächlich ist die Anzahl der Betroffenen nach Inkrafttreten der Hartz-Gesetze zunächst stark angewachsen – von 4,5 auf über 5,3 Millionen Personen im Jahr 2007. Erst mit der guten konjunkturellen Entwicklung ab 2010 geht sie wieder zurück. Angesichts dieser Entwicklung kann man mit der Einführung von Hartz IV keinen



Rückgang der realen Arbeitslosigkeit verbinden. Auch von einer erfolgreichen „Aktivierung“ von Langzeitarbeitslosen kann keine Rede sein. 46 Prozent aller Hartz-IV-Empfänger sind seit mindestens vier Jahren Leistungsbezieher. Angesichts von 500.000 gemeldeten offenen Arbeitsstellen ist eine Vermittlung für die allermeisten der über vier Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger illusorisch.

Hartz IV war also für Arbeitslose als auch für Beschäftigte zugleich ein Desaster. Die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger ist nicht gesunken und prekäre Beschäftigung hat massiv zugenommen. Die zunehmende Niedriglohnbeschäftigung und eine fallende Lohnquote haben die wirtschaftliche Lage der Beschäftigten verschlechtert. Profitiert haben allein die Unternehmen und Besitzer großer Vermögen.

Literatur/Quellen:

[1] vgl. Karl Brenke: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, DIW-Wochenbericht 33/2009

[2] Matthias Knuth: Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt? Strukturreformen und „Beschäftigungswunder“, Expertise im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Juli 2014, Seite 8

[3] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2004, Kurzfassung, Seite 1

[4] Pierre Bourdieu: Prekarität ist überall, In: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998, Seiten 96-102

Autor/in: Lars Niggemeyer, Referent für Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Berufliche Bildung, Handwerk und Koordinierung der Sozialpolitik beim DGB Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt



Politische Musik – neue Empfehlungen

von Rhett Skai

"Keiner" von vielen ...

... spielt sozialkritische Musik mit sehr abwechslungsreichen Texten. Bastard-Pop nennen [Rainer von Vielen](#) ihren Musikstil. Tatsächlich ist er nirgendwo einzuordnen, schließlich machen sie Hip Hop, Rock, Ska, Chanson, Weltmusik und einiges mehr. Ihr Frontmann Rainer Hartmann beherrscht nicht nur mehrere Instrumente, sondern auch den Obertongesang, den man gewöhnlich aus traditioneller mongolischer Musik kennt.

Die Lieder von Rainer von Vielen beschreiben nicht nur auf dem aktuellen Album "Erden" kritisch aktuelle gesellschaftliche Zustände, Haltungen und Probleme. Ihr Kritikstil u. a. ist die Parodie. Das Stück „[Grosser Bla](#)“ ist dafür ein besonders gelungenes Beispiel. Sie karikieren dort nicht nur die religiöse Verführung, sondern auch die erschreckende Einfachheit der Verführten. Verschwörungstheorien werden in "Erden" lächerlich gemacht. Auch das Stück „Copy Paste“ ist ein schönes Beispiel für eine treffsichere Persiflage, in der es um widersprüchliche Anschauungen und Meinungen geht, die als Patchwork-ensemble so gar nicht zusammenpassen. Das berühmte Freiheitslied Die Gedanken sind frei interpretieren sie als Blues mit dem Song „Es bleibt dabei“. So richtig tanzbar wird es dann mit dem Aufruf „[Empört Euch!](#)“. Damit können Rainer von Vielen ganze Hallen zum Beben bringen – wie beim letztjährigen OpenFlair-Festival. Schließlich kommt auch das Liebeslied mit „Die ganze Nacht“ nicht zu kurz, ohne plakativ zu wirken oder gar den „Fremdschäm“-Modus zu aktivieren.

Mit Erden hat Rainer von Vielen nicht nur eine tolle Scheibe mit nettem Cover – nur ohne Texte – veröffentlicht, auch ihre Livekonzerte sind absolut empfehlenswert.

Sehen und Fühlen was geschieht

Bei *Toxpack* handelt es sich eindeutig um Rock der härteren Gangart. Doch lassen wir die Sub- und Subsub-Genre-Analyse beiseite. Sie selber nennen ihre Musik Streetcore, also von der Straße für die Straße. Die ist auf ihrem neuesten Silberling „Friss!“ deutlich abwechslungsreicher geworden. *Toxpack* kommt aus Berlin. Ihre klare antifaschistische Haltung kommt stets zum Tragen, aktuell mit einer Kritik am Wegsehen im Stück „[Nichts hören, sehen, sagen!](#)“. Dabei ist die Kooperation mit Stephan Weidner sensationell, schließlich könnte er als Ex-Mitglied der *Blöden* (*Böhzen*) Onkels so gar nicht passen. Heute ist er als *Der W* unterwegs. *Toxpack* sind



in ihrem Engagement gegen rechts unerschütterlich. Entsprechende Ansagen gehören bei jedem Live-Auftritt dazu.

Die Stücke „Vergangen, vergessen“ oder [„Nichts bleibt, wie es ist“](#) auf ihrem neuen Album könnten glatt von *Die Toten Hosen* sein. Das Video zu „Nichts bleibt...“ wurde teilweise im Kreuzberger Club *Wild At Heart* aufgenommen. Wer die Möglichkeit hat, *Toxpack* dort zu sehen, sollte sich das nicht entgehen lassen. In „Transatlantik Rendezvous“ wird die NSA-Abhör-Affäre, ach..., der ganze transatlantische Klügel kritisiert. Nur das Intro „Gustatio“ und das Outro „Bellaria“ stehen als Balladen für den entspannteren Hörgenuss. Kaufen, hören, feiern! Letzteres kann beim Liveerlebnis perfektioniert werden. Auch das Booklet hält einige Überraschungen parat.

Schweden rockt links

The [Baboon Show](#) sind eine Formation mit klassischer und deshalb keinesfalls unzeitgemäßer Gesellschaftskritik. Sie kritisieren ebenso die USA, wie die Ausbeutung der ArbeiterInnen. Ihr thematisches Spektrum ist damit aber keinesfalls erschöpft, schließlich werben sie in ihren Liedern auch für sozialistische Perspektiven. 2014 tourten sie durch ganz Europa und hatten viele Auftritte in Deutschland. Unter anderen waren sie zweimal die Vorband auf Konzerten der *Toten Hosen*. Sie haben einen mitreißenden Live-Auftritt, der lange Zeit Eindrücke hinterlässt. Die Frontfrau Cecilia Boström mit ihrer bemerkenswerten Stimme gibt alles. Leider spielen sie auf den Festivals, z.B. OpenFlair, nur auf den kleinen Bühnen.

Meine Kaufempfehlung gilt dem 2014er-Silberling „Damnation“. Sie machen dort eine deutliche Ansage in Richtung korrupter PolitikerInnen mit dem Song „Lobby Boy“. In dem Stück „The History“ wird der bürgerliche Geschichtsunterricht, schließlich die herrschende Geschichtspolitik angeprangert. Der musikalische Aufruf, endlich etwas zu verändern, wird mit [„The Shame“](#) manifestiert. Dann kommt noch ihre atheistische Haltung in dem Stück „Jesus“ zum Tragen.

Rock, mit treibenden Riffs unterlegt, ist ihr musikalisches Mittel mit dem sie ihre radikale Kritik äußern. Hinzu kommen eingängige Refrains zum Mitsingen und die unverwechselbare weibliche Schleifscheibenstimme.

Es ist eine feine CD inklusive Textbooklet, mit einem Cover ohne unnötiges Artwork im Stile der frühen Achtziger!



Dagegen erheben

2014 ist mit „The Black Market“ das siebte Album von [Rise Against](#) erschienen. Es ist wieder geprägt von eingängigen Melodien, treibendem Beat, eindringlichem Gesang und markanten Scream-Passagen. Für alte Fans bietet die CD wenig Überraschungen und vergleichsweise wenig Politik. Für junge Fans bietet sie viel gute Musik und ansprechende Selbstreflexion. Auch dieser *Rise Against* – Longplayer landete auf Platz Eins der deutschen Albumcharts. Entsprechend voll sind auch die Konzerte dieser tollen Live-Band.

In „The Eco-Terrorist In Me“ kritisieren sie den inflationär gebrauchten Terrorismus-Begriff in den USA. Über die globalen Veränderungen und die aktuellen Formen des Protests singen sie in „A Beautiful Indifference“. „People Live Here“ ist die Ballade, die auf keiner *Rise Against*-Scheibe fehlen darf.

Das politische Engagement der Band sollte nicht unbeachtet bleiben. Schließlich haben sie eine eigene [Activism-Rubrik](#) auf ihrer Homepage. Für die deutsche Debatte sind die dortigen Texte über Immigration und Gewerkschaftsbashing sehr inspirierend.

Auch mit dem klassisch-modern designtem Cover haben sie sich Mühe gegeben und verzichtet in der CD auch nicht auf die Texte.

Leider nur zum herunterladen

In 2014 wurde „Backup the Best of *Ewan MacColl*“ veröffentlicht, leider nicht als CD. Im Netz können zum günstigen Preis 90 Lieder von *Ewan MacColl*, dem berühmten britischen Barden mit schottischen Wurzeln, heruntergeladen werden. Bei vielen dieser Songs ist seine dritte und letzte Frau Peggy Seeger beteiligt, eine Halbschwester Pete Seegers. Ewan MacColl ist der Autor des bekannten „Dirty Old Town“, das u.a. *The Pogues* interpretierten.

Viele der 90 Folk-Lieder handeln vom Arbeiterleben aus Gewerkschaftssicht, wie „Needle And Threat“ und „March With Us Today“. Sehr einprägsam wird in „The Banks Of Newfoundland“ Migration und Auswanderung thematisiert. Die meisten Songs haben nur eine spärliche mit Begleitung durch Instrumente. Dafür ist der Gesang umso einprägsamer. Insgesamt ist es eine tolle Zusammenstellung in Schallplattenqualität.

Autor: Rhett Skai, geboren 1970 in einem ArbeiterInnenviertel, arbeitet heute in Schaff-Enspausen



Europa und die Deflation

von Tomasz Koniecz

Das Konjunkturprogramm und die Zukunft der Eurozone

Too little, too late. Auf diesen Nenner lässt sich der halbherzige Versuch der EU-Kommission bringen, mittels eines Investitionsprogramms die drohende Deflation im Euroraum abzuwenden. Das auf dem EU-Gipfel am 18. Dezember beschlossene „Wachstumspaket“, das maßgeblich von EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker konzipiert wurde, soll schon im Juni 2015 initiiert werden. Bis dahin wird Brüssel über die konkreten Investitionsprojekte entscheiden, deren Finanzierung im Rahmen des 315 Milliarden Euro umfassenden Investitionsprogramms die EU-Staaten bei der EU-Kommission beantragen können. Bislang haben die 28 EU-Staaten [Projektvorschläge](#) im Wert von 1300 Milliarden Euro eingereicht.

Die öffentlichen Mittel sollen sich in diesem Konjunkturprogramm auf gerade mal 21 Milliarden Euro belaufen, wobei noch nicht geklärt ist, welche Länder in diesen Fond einzahlen werden. Bisher haben nur Frankreich, Luxemburg, Litauen und Österreich zugesagt. Die Bundesregierung hält sich mit verbindlichen Zusagen zurück.

Neoliberaler Keynesianismus

Wie will nun Juncker „private Investoren“ dazu bewegen mit Investitionen die mickrigen 21 Milliarden auf die beachtliche Summe von 315 Milliarden Euro zu erhöhen? Scheinbar durch die Privatisierung der Profite und die Sozialisierung der Risiken und Kosten. Denn die öffentlichen Gelder sollen dafür aufgewendet werden, die größten Investitionsrisiken abzufedern. Die Investitionen sollen vorzugsweise im Rahmen der berüchtigten Öffentlich-privaten Partnerschaften (*Public-private-Partnership - PPP*) realisiert werden, was letztendlich auf die weitere schleichende Teilprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur hinausläuft. Angesichts der problematischen Finanzlage in vielen EU-Staaten sollen die *PPP* die „Liquidität der Finanzmärkte“ zu einer besseren „Anwendung in der Gesamtwirtschaft“ verleiten. Hierbei sollen Möglichkeiten, die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen in kostenpflichtige Angebote zu verwandeln (wörtlich: „user charging“), „überall dort wahrgenommen werden, wo es möglich ist“.

Die EU-Kommission versicherte, dass es hierbei äußerst seriös zugehen werde. Es würden keine unsinnigen [„Pyramidenprojekte“](#) realisiert werden. Mittels einer rigorosen Kosten-Nutzen-Analyse durch Investitionsexperten sollen Mißbräuche durch Politiker oder private Lobbygruppen verhindert werden. Damit will die EU-



Kommission offensichtlich allen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die den Kommissionspräsidenten Juncker aufgrund des *Luxemburg-Leaks*-Skandals nicht unbedingt als den geeigneten Mann für eine solch delikate Aufgabe halten.

Dieses öffentlich-private Konjunkturprogramm stellt ohnehin einen jener berühmten europäischen Kompromisse dar, die nicht den Notwendigkeiten einer stringenten Krisenbekämpfung gehorchen, sondern eher Ausdruck der gegenwärtigen Machtkonstellationen in der Eurozone sind: Die Bundesregierung beharrt weiterhin auf einem strikten Sparkurs, während viele Krisenländer und Frankreich auf Konjunkturprogramme und eine expansive Geldpolitik setzen. [Die EU werde mit „drei gleichzeitigen Maßnahmen“ der Krise entgegenreten „durch den Investitionspakt, weitere Strukturreformen und fortgesetzte Haushaltskonsolidierung.“ Dies sei ein „politischer Kompromiss zwischen Ländern wie Deutschland und Frankreich“.](#)

Deflation als Inflation der Schulden

Außerhalb Brüssels ist es eigentlich jedem klar, dass dieser mickrige Kompromiss keine nennenswerten Erfolge bei der Deflationsbekämpfung zeitigen wird. [Der keynesianische Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman rechnet dementsprechend mit der deutschen Sparpolitik in Europa ab.](#) Der *Economist* nannte das Investitionspaket sogar [„lächerlich inadäquat“](#).

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Lage des europäischen Währungsraums äußerst prekär. Das Scheitern der Berliner Sparpolitik ist offensichtlich. Im vergangenen Dezember sind die Preise in der Eurozone - zum ersten Mal seit der Weltwirtschaftskrise – um 0,2 Prozent gefallen. Im vergangenen November sind die Preise für Güter und Dienstleistungen noch um 0,3 Prozent gestiegen, nach 0,4 Prozent im Oktober (Werte jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Somit droht dem europäischen Währungsraum trotz der extrem expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die Europa in die historisch einmalige Ära der Negativzinsen führte, eindeutig eine deflationäre Abwärtsspirale.

Dieses Szenario würde den durch die Sparpolitik anvisierten Schuldenabbau vollends ad absurdum führen. Die Deflation verstärkt die volkswirtschaftlichen Effekt des „in die Pleite Sparens“. Der allgemeine Rückgang des Preisniveaus führt - insbesondere in hoch verschuldeten Ländern - zu einer Inflation der Schulden, die permanent an Wert gewinnen. Durch sinkende Preise gehen selbst bei einem stagnierenden Konsumniveau die Einnahmen aus den Konsumsteuern, insbesondere der Mehrwertsteuer, zurück. Denn selbstverständlich bildet die Erhöhung der Konsumsteuern den Kernpunkt nahezu aller Sparpakete - sowohl in Griechenland, Spanien als auch Portugal.



„Die Zeit für die Eurozone läuft ab“, warnte Anfang Dezember der [britische The Guardian](#), der auf die sich zuspitzende Wirtschaftslage und den damit einhergehenden Aufstieg des Rechtsextremismus in vielen Euroländern verwies. Schon die EU-Kommission musste ihre Wachstumsprognose für 2015, die zuvor bei 1,2 Zählern lag, auf nur noch 0,8 Prozent revidieren. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone lag im September 2014 bei 11,5 Prozent, während sie 2007 und 2008, also kurz vor Krisenausbruch, unterhalb von acht Zählern stand. Die Binnennachfrage tut ein Übriges. Sie liegt mit sechs Prozentpunkten unter dem Vorkrisenhoch von 2007/2008. Dass die Eurokrise mitsamt dem Sparregime zu einer Deindustrialisierung Europas führte, belegen die miserablen Zahlen zur Industrieproduktion in der Eurozone, die im September 2014 im gesamten Währungsraum 12,3 Prozent unterhalb des Allzeithochs vom April 2008 lag.

Europäische Zentrifugalkräfte

Die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist gegenüber den deflationären Tendenzen machtlos, da sie ein Ergebnis der innereuropäischen Machtkämpfe sind – und nicht einer kohärenten Krisenstrategie. Die Bundesregierung hatte bis vor kurzem alle kreditfinanzierten Konjunkturmaßnahmen auf europäischer Ebene erfolgreich verhindert. Erst die Gefahr des Übergreifens der konjunkturellen Stagnation auf Deutschland in den letzten Quartalen ermöglichte es dem EU-Kommissionschef Juncker im vergangenen November, sein Kompromiss- und Konjunkturpaket vorzustellen.

Es stellt sich überdies die Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, die Eurozone als einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu betrachten, denn dieser ist inzwischen von gegensätzlichen ökonomischen Tendenzen zwischen Zentrum und Peripherie geprägt. Der Zerfall der Eurozone hat sich auf der wirtschaftlichen Ebene längst vollzogen. Der Exportüberschussweltmeister Deutschland, dessen avancierte Exportindustrie immer neue Rekorde erzielt (allein 2013 summierten sie sich auf 199 Milliarden Euro), dominiert nun eine Reihe von Krisenländern. Die Wirtschaftsmisere dieser Peripherieländer ist gerade auf den massiven Deindustrialisierungsschub zurückzuführen, der im Verlauf der Eurokrise eintrat. Auch hier hilft die langfristige Perspektive, um diese massive Verschiebung des ökonomischen Machtgefüges sinnvoll nachvollziehen zu können. Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Industrieproduktion in Deutschland in 2014 um 19,1 Prozent gestiegen. In Frankreich ist sie im selben Zeitraum um 16,4 Prozent gefallen. Noch dramatischer gestaltet sich der industrielle Zerfall in den südeuropäischen Krisenstaaten, wo die Industrieproduktion massiv einbrach: in Portugal um 20,6 Prozent, in Spanien um 21,6 Prozent, in Italien um 23,9 Prozent und im geschundenen Griechenland sogar um 31,2 Prozent.



Die durchschnittlichen Stagnations-Tendenzen innerhalb der gesamten Eurozone verdecken zum guten Teil das Nebeneinander von Wirtschaftseinbrüchen in der südlichen Peripherie und geringer konjunktureller Aufwärtsbewegungen im nördlichen Zentrum neben reinen Stagnationsländern. In diesen beständig zunehmenden ökonomischen Ungleichgewichten sind auch die Ursachen für die heftigen Auseinandersetzungen um die Krisenpolitik innerhalb Europas zu suchen.

Diskussionen über Griechenland

Mit ihrem strikten Spardiktat verfolgt die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine kurzsichtige Wirtschaftspolitik, die letztendlich die ökonomischen Zentrifugalkräfte in der Eurozone weiter anheizt. Nirgends wird die verheerende ökonomische Sackgasse deutlicher erkennbar als in Griechenland, wo das linke Parteienbündnis Syriza im Falle eines Wahlsiegs im Januar mit der Kahlschlagpolitik brechen will. Die hierzulande gerne propagierte Mär, wonach die Südeuropäer „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten, bezeichnete DGB-Chef Reiner Hoffmann gegenüber Spiegel Online als „[das Ergebnis einer Gehirnwäsche](#)“. In Griechenland werde bei der kommenden Wahl „über eine verfehlte Sparpolitik abgestimmt, die vor allem Deutschland vorangetrieben hat.“

Die Lage in Griechenland ist weiterhin äußerst miserabel: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im dritten Quartal 2014 um 26,4 Prozent unterhalb des Vorkrisenhochs vom dritten Quartal 2008. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 25,8 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit liegt weiterhin bei mehr als 50 Prozent. Vor allem bei der Staatsverschuldung wird die Absurdität der „Sparpolitik“ offensichtlich. Vor der Intervention Brüssels und Berlins, Ende 2009, betrugen die griechischen Staatsschulden 129 Prozent des BIP – Ende 2013 waren es schon 175 Prozent.

Der verbissen geführte Kampf um die Krisenpolitik in Griechenland - bei dem die Bundesregierung auch vor [erpresserischen Drohungen](#) nicht zurückschreckt – stellt letztendlich eine erste Etappe im Kampf um die europäische Krisenpolitik und die politische Zukunft der Eurozone dar. Sollte sich *Syriza* mit ihrem Kurswechsel durchsetzen, wird dies auch anderen linken Bewegungen in den südeuropäischen Krisenländern Auftrieb verschaffen. Im Herbst stehen Wahlen in Spanien an: Die Empörten-Partei *Podemos* (Wir können es) hat beste Aussichten gemeinsam mit dem linken Bündnis *IU* (Vereinigte Linke) eine Mehrheit zu erringen. Vielleicht erklären diese allgemeinen Aussichten die Vehemenz, mit der die konservativen Kräfte in der Bundesregierung gegen *Syriza* vorgehen. Es bleibt abzuwarten, welche Krisenpolitik die Krise überwindet, oder ob die Krise in Form einer Deflation die Krisenpolitik letztlich überwindet.

Autor: Tomasz Konicz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist



Wachstumskritik und die sozial-ökologische Transformation

von Norbert Reuter

„Die Belastung des Erdsystems durch den Menschen hat ein Ausmaß erreicht, bei dem plötzliche globale Veränderungen der Umwelt nicht mehr auszuschließen sind“^[1], so resümierte bereits 2009 Johan Rockström, Direktor des Resilience Centre an der Universität Stockholm, den kritischen Zustand unserer Umwelt. Die gegenwärtige Wirtschaftsweise in den fortgeschrittenen Industrieländern missachtet in eklatanter Weise die planetarischen Grenzen. Sie ist Ursache sich zuspitzender globaler Probleme wie Erderwärmung, Anstieg der Meeresspiegel, Umweltkatastrophen, Artensterben und Extremwetter. Insofern führt an einer massiven Veränderung unserer Wirtschaftsweise, einer „sozial-ökologischen Transformation“, kein Weg vorbei. Sie wird kommen – entweder mittels gezielter Gestaltung („design“) oder als Folge ökologischer und/oder sozialer Katastrophen („desaster“).

Um dem krisenbedingten, chaotischen Ablauf der Transformation zuvorzukommen, bleibt nur der Versuch einer „intentionalen Steuerung“ im Sinne einer Gestaltung der Transformation.^[2] Erstes Ziel der Transformation muss aus *ökologischer Sicht* ein Ausstieg aus der überkommenen Wachstumslogik sein. Allerdings kann das nur gelingen, wenn aus *ökonomischer Sicht* die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die ökonomische Reproduktionsfunktion erhalten, der ökologische Umbau ermöglicht und eine ressourcensparende technische Entwicklung umgesetzt werden kann. Aus *sozialer Sicht* ist eine Sicherstellung von Erwerbsarbeit (quantitativ wie qualitativ) wie eines ausreichenden Einkommens notwendig.

Das gleichzeitige Erreichen aller drei Ziele im Zuge einer gestalteten Transformation bedarf aber gleichsam „magischer“ Kräfte, da es erhebliche Konflikte gibt. Einige Ziele, z.B. die Gewährleistung der ökonomischen Funktionsbedingungen und der Erhalt von Einkommen und Arbeitsplätzen sind parallel zu erreichen, andere konkurrieren gegeneinander. Bereits ein geringeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), erst recht ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung, bedroht Arbeitsplätze und Einkommen. Eine erfolgreiche Transformation kann nur gelingen, wenn die Konflikte erkannt und kontraproduktive Auswirkungen in den einzelnen Bereichen minimiert werden.



Die ökologische Dimension

Nach Angaben des aktuellen Living Planet Report (WWF 2012) benötigt die Menschheit, wenn sie so weiterlebt wie bisher, bis zum Jahr 2030 zwei Planeten, um den Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Bis zum Jahr 2050 wären es sogar fast drei. Da die Hauptverursacher, die fortgeschrittenen Industrieländer, feststehen, ist die Forderung aus ökologischer Sicht ebenso offensichtlich wie unverzichtbar: Sofortiger Ausstieg aus dem wirtschaftlichen Wachstum mit dem Ziel des ökologischen Gesundshrumpfens. Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis halten etwa einen Rückgang des BIP in den Industrieländern um 25 Prozent für notwendig.^[3] Die verbleibenden 75 Prozent der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung seien ausreichend. Auf diesem Niveau sei eine Ökonomie möglich, „die global soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet.“^[4] Ein solcher Rückgang des BIP – der ein über viele Jahre dauerndes „Negativwachstum“ erfordern würde – wäre jedoch mit erheblichen ökonomischen und sozialen Verwerfungen verbunden, die gerade die breite Bevölkerung, die auf Arbeits- oder Transfereinkommen angewiesen ist, zu Verlierern einer derartigen Transformation macht.

Die ökonomische Dimension

Die möglichen Folgen einer massiven Schrumpfung des BIP sind derzeit in Südeuropa zu besichtigen. In diesen Ländern sank das BIP infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 deutlich. In Griechenland ging es zwischen den Jahren 2008 und 2013 um rund 25 Prozent zurück, also genau in dem Ausmaß, das von Schmelzer/Passadakis als ökologisch wünschenswert beschrieben worden ist.

Ob hiermit Griechenland nun die ökologischen Grenzen einhält, ist nicht bekannt. Da aber im Zuge der Krise etwa die Kosten für importiertes Heizöl massiv angestiegen sind, kam es zur vermehrten Nutzung von Holz als Brennstoff, was zu erheblicher zusätzlicher Luftverschmutzung geführt hat.^[5] Insofern sind möglicherweise nicht einmal Entlastungen der Umwelt das Resultat dieses wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses. Bekannt ist jedenfalls, dass die ökonomischen und sozialen Folgen desaströs sind: Die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an, Jugendlichen bleibt der Eintritt in den Arbeitsmarkt versperrt. In Griechenland ist inzwischen jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Nicht wesentlich anders sieht es in den anderen südeuropäischen Krisenländern Spanien, Italien und Portugal aus. Die ökonomischen Funktionsbedingungen sind massiv gestört, ein anhaltender Teufelskreislauf zwischen steigender Arbeitslosigkeit, niedriger Nachfrage, niedrigen Investitionen etc. droht.



Die soziale Dimension

Offensichtlich spitzen sich in schrumpfenden Ökonomien soziale Probleme massiv zu. Die Erfahrung zeigt sogar, dass bereits ein sukzessiver Rückgang der Wachstumsraten, der seit mehreren Dekaden alle reifen Industrieländer kennzeichnet,^[6] soziale Spaltungstendenzen vorantreibt. Heute sind mit 42,7 Millionen zwar so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland erwerbstätig. Jedoch steht diesem Anstieg von knapp sieben Prozent zwischen 2000 und 2014 aber nur ein minimaler Anstieg der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Arbeitsvolumen) um nicht einmal ein Prozent gegenüber. Im Wesentlichen wurde Erwerbsarbeit – nicht zuletzt durch die Zunahme verschiedener Formen prekärer Arbeit (Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Scheinselbstständigkeit etc.) – lediglich auf mehrere Köpfe verteilt.

Mit den sinkenden Wachstumsraten geht auch eine zunehmend ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen einher. Obwohl das Volkseinkommen seit 15 Jahren sinkt, sind die Unternehmensgewinne weiter gestiegen. Also haben nur die Bezieher von Arbeitseinkommen die Folgen niedriger wirtschaftlicher Zuwächse zu spüren bekommen.

Infolge dieser Umverteilung bei den Einkommen hat sich das Vermögen auf eine immer kleinere, dafür immer reichere Gruppe von Haushalten konzentriert. Inzwischen besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland knapp 67 Prozent des Nettovermögens, allein das reichste Prozent gut ein Drittel. Dieser Befund verweist auf die enormen verteilungspolitischen Anforderungen, denen sich Staat und Gesellschaft bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung stellen müssen. Gleichwohl zeigen sich hier Chancen und Möglichkeiten der Umverteilung von Einkommen und Vermögen im Rahmen einer wirtschaftlichen und sozialen Transformation.

Ebenen der Transformation

Trotz aller Debatten um die *Grenzen des Wachstums* dominiert nach wie vor eine rein wachstumsoptimistische Haltung in Politik und Wirtschaft. Bislang ist es nicht gelungen, eine gesellschaftliche Debatte über die nachhaltige Bestimmung von Wohlstand zu führen. Sofern überhaupt über wirtschafts- und sozialpolitische Konsequenzen sinkender Wachstumsraten diskutiert wird, geschieht das in der Regel entweder mit dem Ziel, die Gesellschaft auf Verzicht – Kürzungen bei der Rente, Abbau des Sozialstaats, öffentliche Ausgabenkürzung – einzustellen,^[7] oder eine neoliberale Politik zu propagieren, die über Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung wieder zu höheren Wachstumsraten führen würde.^[8] Forderungen nach verteilungspolitischen Konsequenzen sucht man im Kontext von Wachstumsdebatten nach wie vor weitgehend vergebens.^[9] Zunehmende Umwelt-



Verteilungs-, Sinn- und Wohlstandsprobleme erfordern eine Fokussierung auf qualitative Veränderungen, statt auf quantitatives Wachstum.

Sobald es nicht mehr um eindimensionales Wachsen oder Schrumpfen, sondern um die Steigerung von Wohlstand geht, müssen die Bedingungen hierfür in einem demokratischen Prozess definiert werden („Welche Gesellschaft wollen wir?“). Auf den unterschiedlichen Ebenen Betrieb, Nation und Europa lassen sich die Bedingungen für den notwendigen Umbau benennen.

Gestaltung statt bloßem Wachstum

Eine Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf einem breiten demokratischen Konsens beruht und ökologische, ökonomische und soziale Anforderungen berücksichtigt, würde die Transformation vorantreiben und zu einem neuen Wirtschaften führen. Das Wachstum wäre dann genauso wenig wie die Schrumpfung des BIP ein „absolutes“ Ziel, denn auch in Zukunft müssten einzelne Bereiche ebenso wachsen, wie andere schrumpfen. Zum Beispiel würde ein wachsender ÖPNV einem schrumpfenden Individualverkehr gegenüberstehen oder einer umfassenden Gebäudedämmung ein sinkender Energieeinsatz. Diese inhaltliche Qualifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Erfolg anhand aussagekräftiger, spezifischer Indikatoren gemessen werden müsste, würde die fragwürdige Orientierung am Indikator BIP überwinden.^[10] Ob letzterer dann Wachstum oder Schrumpfung ausweist, wäre nicht mehr die Frage – und auch unerheblich. Entscheidend wären allein die Art der Gestaltung und damit die Qualität der sozial-ökologischen Transformation.

Literatur/Quellen:

[1] Pressemitteilung des Stockholm Resilience Centre an der Universität Stockholm, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), der Australian National University, der Universität von Kopenhagen und der University of Minnesota vom 23.09.2009 <https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/archiv/2009>

[2] Ulrich Brand benutzt den Begriff „Transition“ im Sinne politisch-intentionaler Steuerung und den der „Transformation“ für den ablaufenden Veränderungsprozess. Vgl. Brand, Ulrich: Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster 2014, S. 249f.



[3] Zur Problematik des BIP als Indikator für die ökonomische Leistungsfähigkeit und zur Untauglichkeit als Wohlstandsmaß vgl. Reuter, Norbert: Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften, in: WSI Mitteilungen, Nr. 7, 2014, S. 555f.

[4] Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, Attac Basistexte 36, Hamburg 2011, S. 65.

[5] Vgl. Markantonatou, Maria: Der Fall Griechenland. Wenn Wachstumsgesellschaften nicht mehr wachsen und die Sparpolitik die Probleme nur verschlimmert, in: Atlas der Globalisierung. Weniger ist mehr (Exklusive Vorschau), Berlin 2014, S. 10f.

[6] Vgl. Reuter, Norbert: Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft, Marburg 2010, S. 89f.

[7] Vgl. Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

[8] Vgl. hierzu v.a. Paque, Karl-Heinz: Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München 2010.

[9] Eine rühmliche Ausnahme stellen die seit 1975 jährlich erscheinenden Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik dar. Vgl. dazu etwa das jüngste „Memorandum 2014“ unter dem Titel „Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden“, Köln 2014.

[10] Vgl. zur Indikatorenredebatte umfassend Deutscher Bundestag: Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Schlussbericht, Berlin (Bundestags-Drucksache 17/13300), Berlin 2013, S. 231-351.

Autor: PD Dr. Norbert Reuter, Ökonom im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di



Soziale Ungleichheit heute

von Helmut Martens

Diagnosen und Deutungen

Mit den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte verband sich mit dem Dreiklang von Arbeit, Fortschritt und Glück (Martens/Peter/Wolf 1984) die Vorstellung von einer Überwindung gesellschaftlicher Armut. Angesichts eines nunmehr über mehr als dreißig Jahre währenden neoliberalen Rollbacks (Scholz u.a. 2006) hat sich das gründlich verändert. In regelmäßigen Abständen werden uns Studien und Analysen präsentiert, die das Ausmaß der zunehmenden Spaltung zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten darlegen. Diese bewusst forcierte gesellschaftliche Ungleichheit verstärkt ökonomische Krisenprozesse und untergräbt die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen. Inwieweit mit der „Krise der Demokratie“ und der „Krise der Ökonomie“ auch eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts verbunden ist, wird im Folgenden diskutiert.

Fortschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse

Der seit 2001 im Jahr 2013 zum vierten Mal vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung war hinsichtlich der Bewertung der darin enthaltenen Daten politisch heftig umstritten (BMAS 2013). Die Fakten sind aber klar: Nach der Definition der EU gilt als arm, wer über weniger als 60% des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens verfügt. In Deutschland lagen die entsprechenden monatlichen Einkommen 2012 für Single-Haushalte bei 869 € und für Familien mit zwei Kindern bei 1.826 €. 14 bis 16 Prozent der Bevölkerung galten demnach als arm. Und hinsichtlich der Vermögensverteilung weist der Bericht aus, dass die unteren 50% der Bevölkerung 2008 noch über 1% der Gesamtvermögenssumme verfügten (1998 waren es noch 4%), während die oberen 10% über 53% besaßen, nachdem es 1998 noch 45% gewesen waren.

Deutschland liegt bei den fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltungsprozessen - den USA als Vorreiter folgend und innerhalb der EU mit einer Spitzenposition - im allgemeinen Trend. Das belegen insbesondere die 2014 stark diskutierten Untersuchungen von Thomas Piketty (2014) oder auch von Chrystia Freeland (2013). Piketty kann zeigen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 nie so groß war wie heute. Dem Anstieg des Anteils der obersten Elite am gesellschaftlichen Reichtum entspricht der Rückgang bei der großen Mehrheit. Freeland spricht im englischen Originaltitel ihrer Untersuchung „Plutocrats“ vom „Aufstieg und der Herrschaft einer neuen globalen Geldelite und



dem Abstieg aller Anderen“. Ihr zufolge zählt die Forbes-Reichenliste 2012 1.226 Milliardäre.[1] Auch Piketty betont für die USA die Rolle der wirtschaftlichen Elite (der obersten 10%) für die Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Und Emmanuel Saez und Gabriel Sucman (2014), die seinen Untersuchungsansatz weiterführen und ausbauen, spitzen den Befund noch stärker zu: ihnen zufolge ist vor allem der Anteil der 0,01% der obersten Elite für den scharfen Anstieg der Ungleichheit in den USA verantwortlich. Ihre zugespitzte These lautet: „Die Vermögensungleichheit ist sehr stark an der äußersten Spitze, aber nicht unterhalb der obersten 0,1% gewachsen“. Ihre Tabellen weisen für die Top 0,01% einen Anstieg von gut 3% (1960) auf gut 11% (2012) aus und für die Top 0,1% bis 0,01% von ca. 6,5 auf ca. 10,5% im gleichen Zeitraum. (Saez/Sucman 2014, 5; Bischoff/Müller 2014, 15).

Chrystia Freeland stellt im Rahmen ihrer Analyse fest, dass sich extreme Ungleichheit in den USA erst nach der zweiten industriellen Revolution entwickelt hat. Das war das von Mark Twain und Charles Dudley Warner (2011) so bezeichnete „vergoldete Zeitalter“ im Übergang vom 19. in das 20. Jahrhundert. Wie wir wissen, entstanden damals in den USA und Europa wachsende soziale Instabilitäten. Sie mündeten in geopolitische Abenteuer und letztlich den ersten Weltkrieg. Die Ursachen, warum das Buch von Twain und Warner wieder „eine Geschichte von heute“ geworden ist, wird bei Freeland nicht deutlich hinterfragt. Sie spricht zwar von einem „zweiten vergoldeten Zeitalter“ im Zeichen neuer Gründerjahre. Aber bei aller Kritik begreift sie die aktuellen Entwicklungen doch vornehmlich als weitere Entwicklungsstufe des kapitalistischen Fortschrittsversprechens, das sie z.B. im Entstehen einer neuen Mittelschicht in China neu bestätigt sieht. Piketty warnt schärfer vor der entstandenen und weiter wachsenden Ungleichheit zwischen Reich und Arm. Er geht auf pragmatische Lösungsansätze, etwa in Gestalt progressiver Vermögenssteuern ein, die „keine Frage von Links und Rechts sondern des gesunden Menschenverstandes“ seien. Zugleich betont er, dass er zwar „Das Kapital“ als Teil des Titels seines Buches gewählt habe, sich aber durchaus nicht als Marxisten begreife.

Postdemokratie, Refeudalisierung und die Krise der Politik

Das Neoliberale Rollback seit der Mitte der 1970er Jahre reagierte auf sinkende Wachstumsraten und wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit in den fortgeschrittenen westlichen Staaten (Thatcherism, Reagonomics). Es wurde lange Zeit, jedenfalls bis zum Ausbruch der „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) mit großen Freiheitsversprechen entgegen einer vermeintlichen wohlfahrtsstaatlichen Bevormundung begründet. Auch viele Menschen der vormals realsozialistischen Länder hatten ihre Hoffnungen eher auf einen wohlfahrtsstaatlich gebändigten Kapitalismus gerichtet, der damals aber bereits auf dem Rückzug war und dessen Erosion durch eben die Implosion des Realsozialismus zusätzlich forciert wurde. Die europäische Schuldenkrise war dann vielen Politikern Grund genug zu



behaupten, dass wir alle „über unsere Verhältnisse gelebt haben“. Und für die politische Flankierung des „befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) ist die Perspektive auf eine nunmehr „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) ausgegeben worden. Den viel zu früh verstorbenen, konservativen Demokraten Frank Schirrmacher hat dies zu der Frage veranlasst, wie „inmitten einer Marktkrise (dieser) Satz fallen und als Vision erscheinen“ konnte, und weshalb „es zwar Reparaturanstrengungen in Staaten, aber nicht in Märkten“ gegeben habe; und seine Antwort lautet: „Weil fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit einem Naturgesetz verwechseln (weshalb ...) „die ‚Kernschmelze‘ der Finanzmärkte nicht etwa Zweifel am Allwissenden auslöste, sondern die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie in die Welt setzte, die wie Phönix aus der toxischen Asche steigen sollte (Schirrmacher 2013, 172).

Wir sind aber nicht nur mit postdemokratischen Entwicklungen konfrontiert, die angesichts fortdauernder multipler Krisenentwicklungen die inzwischen reale Drohung verstärken, dass autoritäre Lösungen weiter Platz greifen. Die fortschreitende soziale Spaltung in Arm und Reich im „vergoldeten Zeitalter“ schafft eine Wirklichkeit, in der die offiziellen Selbstdarstellungen das wachsende „Elend der Welt“ (Bourdieu 1997) immer weniger verbergen können. Die gegenwärtige Verfestigung von Reichtum und Einfluss wird zutreffend als „Refeudalisierung“ bezeichnet. Sighard Neckel (2013) hat diesen Begriff im Anschluss an Jürgen Habermas (1962) „nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit (...), die ab bestimmten Schwellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben“, benutzt (Neckel 2010, 14). Er begründet diese Entwicklung (Neckel 2013, 49ff) mit einer Refeudalisierung der Werte in der Leistungsgemeinschaft (zur Legitimation hoher Gehälter); mit einer Refeudalisierung der Wirtschaftsorganisationen (durch die Etablierung einer ständisch privilegierten Managerklasse); mit einer Refeudalisierung der Sozialstruktur (durch die Wiederkehr der Abstände zwischen Eliten und Prekariat) sowie mit einer Refeudalisierung bzw. dem Abbau des Wohlfahrtsstaates (in der öffentliche Wohlfahrt als Stiftung und Spende der Reichen reprivatisiert wird).

Mehr oder weniger unausgesprochen bewegen wir uns heute darauf zu, dass bereits durchgesetzte Refeudalisierungsprozesse mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hingenommen werden und die gewachsene Sprachlosigkeit des neuen Prekariats als ein geradezu ebenso selbstverständliches Moment angesehen wird. Wir leben, wie es in einem Kommentar der SZ angesichts stetig sinkender Wahlbeteiligungen hieß, in einer „Demokratie der Besserverdienenden“. Der Philosoph Tilo Wesche (2014) spricht in einem Aufsatz, in dem er dagegen Begründungen für einen Weg „von der Marktfreiheit zur Wirtschaftsdemokratie“ entwickelt, völlig zu Recht davon, dass



angesichts der neuerlichen „Konzentration von Eigentum und politischer Macht“ die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergraben werde.

Schlussfolgerungen

Das neoliberale Rollback hat wachsende Instabilitäten geschaffen. Zugleich ist mit dem Aufstieg der neuen „Superreichen“ ein fortschreitender Prozess der Entdemokratisierung und der Durchsetzung gesellschaftlicher Refeudalisierungsprozesse verknüpft. Die Analysen von Neckel und Freeland kann man durchaus als eine Bestätigung von Jacques Rancières These verstehen, dass „der Kampf zwischen Reichen und Armen nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit (ist), mit der die Politik rechnen müsste. Er ist (vielmehr) identisch mit ihrer Einrichtung. Es gibt (demokratische) Politik, wenn es einen Anteil der Anteillosen, einen Teil oder eine Partei der Armen gibt“ (Rancière 2002, 24). Man könnte bei diesen Überlegungen zu Reichtum und Armut aber auch zu dem Schluss kommen, dass die Entwicklung des globalen Kapitalismus mal wieder ihre von Marx und anderen Philosophen beschriebene widersprüchliche Gestalt zeigt, in der stets etwas Neues proklamiert wird, was letztlich nur zu alten Verhältnissen führt.[2]

Eine längere Fassung dieses Beitrags ist auf der Seite des Autors einsehbar:
www.drhelmutmartens.de

Literatur/Quellen:

Bischoff, J., Müller, B. (2014): Pikettys ‚Kapital im 21. Jahrhundert. Der moderne Kapitalismus = eine oligarchische Gesellschaft?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/ 2014

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn

Bourdieu (1997): Das Elend der Welt, Konstanz

Crouch; C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main

Crouch; C.(2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main



Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Main

Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main

Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York

Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs Reihe Beiträge aus der Forschung Bd. 2 (1984)

Neckel, S. (2010): Refeudalisierung der Ökonomie . Zur Strukturierung der kapitalistischen Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, 2010

Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55

Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München

Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main

Saez, E.; Zucman, G. (2014): The Distribution of US Wealth, Capital income and Returns since 1913, März, online: <http://www.Gabriel-zucman.eu/files/SaezZucman2014Slides.pdf>

Scholz, D.; Glawe, H; Paust-Lasse4n, P.; Martens, H.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster

Schirmmacher, F.- (2013): Ego – Spiel des Lebens, München

Schmidt, A. (1971/65): Zum Verhältnis von Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus, in: ders: Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx, überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuauflage, Frankfurt 1971

Twain; M., Warner, C. D.; neu herausgegeben von Jürgens D. (2010). Das vergoldete Zeitalter. Eine Geschichte von heute. (Books on Demand)

Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktwirtschaft zur Wirtschaftsdemokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/2014, 443-486



[1] 2014 ist diese Zahl nach der Forbes-Reichenliste auf 1.645 gestiegen (nach 423 in 1996 und 946 in 2006), davon die meisten (492) in den USA, gefolgt von China (152), Russland (111) und Deutschland 85 (siehe Wikipedia). Andere Reichenlisten weisen höhere Zahlen aus So geht die Schweizer USB-Bank für 2014 von 2.325 Milliardären aus (Manager-Magazin-online, 28.10. 2014)

[2] Dabei wäre aber, etwa unter Verweis auf den Philosophen Alfred Schmidt (1971), zu betonen, dass Marx hierzu eine von den Hegelschen Mythen befreite Dialektik als Instrument zur kritischen Analyse des Kapitalismus für unverzichtbar hielt, und zugleich weit davon entfernt war - analog zur idealistischen Dialektik Hegels – diese kritische Analyse in eine übergreifende geschichtsmetaphysische Konstruktion einzubetten, wie das später in den verschiedenen Marxismen - mehr oder weniger - deutlich der Fall war.

Autor: Dr. Helmut Martens, Politikwissenschaftler und Soziologe

Die Arbeitsorganisation der Indirekten Steuerung

von Stephan Siemens und Martina Frenzel

Neuer Arbeitsdruck in Gruppen

In vielen Unternehmen findet gegenwärtig eine Veränderung der Arbeitsorganisation statt, die einige Kolleginnen und Kollegen nicht mehr verstehen. Mancher Kollege meint schon, in einem „Irrenhaus“ zu arbeiten - wie ein Buchtitel nahelegt.[1] Andere verstehen wiederum ihr eigenes Verhalten nicht mehr. Sie ertappen sich dabei, wie sie selbst ihre Team-Kolleginnen und Kollegen dazu auffordern, in ihrer Freizeit zu arbeiten, um ein Projekt zu realisieren und sich so gegenseitig womöglich in die Erschöpfung treiben. [2] Hinter diesem „erfolgreichen Chaos“ steckt die Unternehmensstrategie der „Indirekten Steuerung“, auf die aus Arbeitnehmersicht reagiert werden kann. Dazu werden in diesem Beitrag Möglichkeiten erläutert.



Mit der „Indirekten Steuerung“ soll den Beschäftigten und ihren Teams das Unternehmertum vermittelt werden, so dass sie allein nach ihm agieren. Die Geschäftsführungen versprechen sich davon einen größeren Output, nur auf wessen Kosten? Ein größerer Output lässt sich scheinbar nicht mit Anweisungen erreichen, deren Umsetzung immer kontrolliert werden müssen. Die Unternehmensleitungen setzen stattdessen auf sich selbst steuernde Teams in teilautonomen Unternehmenseinheiten, Subunternehmen und Profitcentern. Die Kolleginnen und Kollegen müssen sich in diesen „Umwelten“ – wie das in der Arbeits- und Organisationspsychologie heißt – behaupten. In ihnen wird die Kooperation der Beschäftigten in der Form von Konkurrenz in unternehmensinternen Märkten konstruiert. Auf diese Weise erhalten die in Unternehmenseinheiten organisierten Beschäftigten gemeinsam mehr und mehr Unternehmerfunktionen. Diese Mechanismen der Unternehmensführung werden in den Sozialwissenschaften mit dem Begriff „indirekte Steuerung“ bezeichnet. Das Wort „indirekt“ bedeutet, dass die Steuerung der Beschäftigten nur so lange funktioniert, wie sie ihnen nicht bewusst wird. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich dem Unternehmen oder dem eigenen Team gegenüber mehr verpflichtet als sich selbst und ihrer Gesundheit. Es kommt daher für die Interessenvertreter zunächst darauf an, über die Mechanismen der indirekten Steuerung aufzuklären.

Die indirekte Steuerung von Teams

Indirekt werden nicht die einzelnen Beschäftigten gesteuert, sondern Teams und Gruppen, also Arbeitsbeziehungen von Kolleginnen und Kollegen. Das führt häufig in eine widersprüchliche Situation zwischen den (möglicherweise gewerkschaftlichen) Maßstäben des Individuums und der Unternehmerfunktion, die als Team-Mitglied wahrgenommen wird. Die indirekte Steuerung nutzt beide Seiten dieses Widerspruchs. Wir, die Gruppe, nehmen unsere Unternehmerfunktion in Form von gemeinsamen Beschlüssen wahr, die eine ideelle Form haben. Die einzelnen Team-Mitglieder müssen im Rahmen ihrer Arbeit diese Beschlüsse materiell umsetzen. Da wir als Gruppe uns darauf verlassen, dass jedes Gruppenmitglied seine Verpflichtung (das so genannte „Commitment“) einhält, ist es für den oder die Einzelne fast unmöglich, dem Gruppendruck zu widerstehen. Denn Wir sind stärker als Ich. Teammitglieder helfen sich gegenseitig. Denn wir werden alles tun, um unsere Ziele zu erreichen, gleichgültig, ob diese Ziele selbst gesetzte oder vom Unternehmen vorgegebene Ziele sind. Wir als Gruppe werden nicht – wie Führungskräfte – durch moralische Bedenken gehindert, Druck auf einzelne Mitglieder zu entfalten, denn Gruppen an sich haben kein moralisches Selbstbewusstsein.

Solche Prozesse wurden von der Arbeits- und Organisationspsychologie seit Mitte des 20. Jahrhunderts in Experimenten mit Gruppen untersucht. Demnach stärkt die gegenseitige Hilfeleistung die Identität des Teams. Unternehmensleitungen sollen demnach die Anforderungen an die Gruppen so hochschrauben, dass gegenseitige



Hilfeleistung so oft wie möglich notwendig ist. Dies erhöht das Wir-Gefühl im Team. Es gilt in der Arbeits- und Organisationspsychologie als ein Gradmesser für die Macht der Gruppe über ihre eigenen Mitglieder (vgl. Landy/Conte)[3]. Die Unternehmensleitung sollte also durch die Erhöhung der Anforderungen oder durch die Verknappung der Ressourcen die Rahmenbedingungen so setzen, dass im Team gemeinsam reflektiert wird, wie jedes Mitglied mit seinen Arbeitsanforderungen umgeht. Eine Folge ist, dass die Team-Mitglieder einander schärfer kontrollieren und sich deutlicher unter Druck setzen,

Die theoretische Voraussetzung für solche Überlegungen der Arbeits- und Organisationspsychologie ist die Annahme, dass eine Gruppe nicht aus ihren Mitgliedern besteht, sondern nur die Beziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern umfasst. In diesem Sinn hat Kurt Lewin (1890 - 1947) die Gruppe als „quasi stationäres Gleichgewicht der Kräfte“ beschrieben. Dieses Gleichgewicht verändert sich so lange nicht, wie die Gruppenmitglieder in der Lage sind, auf ein bestimmtes Maß an Anforderungen zu reagieren. Lewin stellte in Experimenten fest: Auch wenn die Bedingungen schwieriger werden, ein Mitglied ausfällt oder die Ressourcen knapper werden, versucht die Gruppe, das „quasi stationäre Gleichgewicht“ aufrechtzuerhalten, das heißt, sich selbst als Gruppe zu erhalten. Kurt Lewin hat mit diesen Überlegungen zahlreiche Arbeits- und Organisationspsychologen zu allerlei Experimenten angeregt. Die Kritik der Arbeits- und Organisationspsychologie der letzten Jahrzehnte liest sich nicht nur spannend, sondern auch hilfreich, wenn man die Unternehmensrealität der Gegenwart verstehen will.

Die neue produktive Kraft der Beschäftigten

Mit der „indirekten Steuerung“ nutzen die kapitalistischen Unternehmen eine neue produktive Kraft der Kolleginnen und Kollegen. Sie drückt sich in der Gruppenarbeit aus, in dem jedes Mitglied die gesellschaftlichen Anforderungen an die eigene Arbeit erfasst und für sich bewusst formuliert. Die Mitglieder erarbeiten sich also gemeinsam, was sie zu tun haben. Sie setzen sich mit den gesellschaftlichen Anforderungen im Einklang mit den Profitinteressen des Unternehmens bei ihrer eigenen Arbeit auseinander. Die Attraktivität dieser produktiven Kraft ergibt sich daraus, dass die Beschäftigten ihre Teilhabe am produktiven Leben der Gegenwart mit ihrer Arbeit absolut und unbewusst identifizieren.

Wie jeder gesellschaftliche Fortschritt im Kapitalismus wird auch dieser vorerst auf Kosten der Beschäftigten erreicht. Durch die Struktur in den Teams werden die persönlichen Beziehungen der Kolleginnen und Kollegen mit dem unternehmerischen Zweck belastet. Das führt zu emotionaler Erschöpfung und in vielen Fällen zu [Burnout](#). Die Arbeitszeiten scheinen sich in diesen Gruppenprozessen wie von selbst zu verlängern. Auch das Verhalten der Führungskräfte bleibt vielen Kolleginnen und Kollegen vor dem Hintergrund dieser



konstruierten Marktverhältnisse oft unverständlich, was zusätzlich zu [psychischen Belastungen](#) führt. Die Beschäftigten müssen sich selbst um ihre Qualifizierung kümmern, wenn sie nicht die Gefahr in Kauf nehmen wollen, auf ihrem auslaufenden Zweig der Geschäftstätigkeit des Unternehmens „gegen die Wand gefahren zu werden“. Es gibt daher viele Gründe, sich mit der „indirekten Steuerung“ und ihren Folgen in den Gewerkschaften intensiver auseinanderzusetzen. Es sollte dabei für Interessenvertreter im Vordergrund stehen, wie die neue produktive Kraft von den Beschäftigten erlebt wird und bewusst gemacht werden kann, um sich gegen ihre Nebenwirkungen zu wenden. So lange die „indirekte Steuerung“ den Beschäftigten unbewusst bleibt, wird diese neue produktive Kraft zur Steigerung der Profitabilität von den kapitalistischen Unternehmen genutzt, auf Kosten der Gesundheit und der Realisierung der sozialen Rechte der Beschäftigten.

Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten

Die Aufklärung über „indirekte Steuerung“ ist also eine notwendige Voraussetzung des Widerstands gegen die persönlichen und betrieblichen Auswirkungen. Die Kolleginnen und Kollegen werden lernen müssen, zwischen ihrer produktiven Kraft und deren Instrumentalisierung zur Steigerung der Profitabilität unterscheiden zu können, auch wenn sie in der betrieblichen Praxis als ein und dasselbe erscheinen. Eine Grundvoraussetzung ist dafür die Auseinandersetzung mit der Verselbständigung der Gruppendynamik im Team. Gewerkschaftliche Forderungen, die die Gruppendynamik ignorieren und ausschließlich auf die Rechte Einzelner setzen, übersehen diesen Widerspruch, in dem die Kolleginnen und Kollegen zwischen der unternehmerischen Solidarität in ihrem Team einerseits und der gewerkschaftlichen Solidarität andererseits stehen. Rechte, die Beschäftigte haben, nützen für sich genommen wenig, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Team nicht in der Lage sind, sie wahrzunehmen. Dazu muss der unbewusst wirkende Gruppendruck bewusst gemacht, bearbeitet und tendenziell überwunden werden. Andernfalls drohen die individuellen Rechte ungewollt in eine Erhöhung des Gruppendrucks umzuschlagen, indem die Kolleginnen und Kollegen ihre individuellen Rechte gegeneinander ausspielen.

Auch auf betriebspolitischer Ebene können Forderungen so entwickelt werden, dass die Gruppenprozesse vor dem Hintergrund der „indirekten Steuerung“ zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht werden. So können Kolleginnen und Kollegen Team-Analysen erarbeiten, mit deren Hilfe die Mechanismen der „indirekten Steuerung“ im konkreten Einzelfall reflektiert werden^[4]. Wichtig ist dabei, dass der Zusammenhang zwischen Unternehmerfunktion und emotionaler Situation im Team mehr und mehr sichtbar wird. Auf diese Weise wird es den Beschäftigten möglich, ihre Teamstrukturen solidarisch zu bearbeiten und zu verändern. Ebenso sollten [Gesundheits- und Sozialverantwortliche](#) unter den Mitgliedern eines Teams gewählt werden. Enorm wichtig ist auch, dass sich



Forderungen zur Arbeitszeit auch auf Arbeitszeiten von Teams und Organisationseinheiten insgesamt beziehen, wenn die individuellen Rechte einzelner Kolleginnen und Kollegen zur Geltung kommen sollen.

Aber auch Gewerkschaften sollten die neue produktive Kraft der Kolleginnen und Kollegen ansprechen, indem der gesellschaftliche Sinn des gemeinsamen Arbeitens unterschieden wird von den Profitabilitätsinteressen der Unternehmen. Erst dann ergeben sich auch gesellschaftspolitische Fragen für die Teams der Beschäftigten: Sind die gemeinsam hergestellten Produkte gesellschaftlich sinnvoll, oder dienen sie in erster Linie der Profitabilität des Unternehmens? Ist die Qualität, in der die Produkte hergestellt werden, noch vertretbar? Ist die eigene Qualifikation der Kolleginnen und Kollegen mit der Weiterentwicklung der Produktion vereinbar? Auf diese Weise werden Forderungen für die gemeinsame Arbeit entwickelt, und die Kolleginnen und Kollegen greifen – mit Hilfe der Gewerkschaften – ihre neue produktive Kraft auf und entwickeln sie weiter. Dies erfordert allerdings eine Auseinandersetzung mit dem Interesse der Unternehmen an steigender Profitabilität und letztlich auch mit dem kapitalistischen System insgesamt.

Die jüngste Publikation der AutorInnen zum Thema. <http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/das-unternehmerische-wir/>

Weitere Informationen zum Thema unter: www.meine-zeit-ist-mein-leben.de

Weitere Tipps für Beschäftigte: <http://www.indirektgesteuert-direkterschoepft.de/aktuelles/>

Literatur/Quellen:

[1] Wehrle, Martin (2011): Ich arbeite in einem Irrenhaus: Vom ganz normalen Büroalltag, Berlin

[2] Innerhalb der Teams und Unternehmenseinheiten entsteht ein Gruppendruck, der zu psychischen Belastungen und häufig zu Burnout führt. Er zeigt sich beispielsweise in Kommentaren wie: „Heute schon Feierabend?“ wenn ein Team-Mitglied nach getaner Arbeit pünktlich das Unternehmen verlassen will. (Siemens, Stephan / Frenzel, Martina (2012): Burnout – eine Folge der neuen Organisation der Arbeit, Bielefeld)

[3] vgl. Landy / Conte 2004: 495, beziehen sich auf Goodman, Revlin und Schminke 1987



[4] Diese Teamanalysen haben sich in verschiedenen Seminaren für Interessenvertreter der Initiative „Meine Zeit ist mein Leben“ bewährt.

Autoren: **Martina Frenzel**, geboren 1958 in Kulmbach, Journalistin, Verlegerin und tätig in der Bildungsarbeit, **Stephan Siemens**, geboren 1954 in Göppingen, Initiator von www.meine-zeit-ist-mein-leben.de

Die Organisierung von Niedriglohn-Beschäftigten in Worker Centers

von **Martina Benz**

In den USA sorgen Proteste im Niedriglohnsektor immer wieder für Schlagzeilen. Anfang Dezember streikten in mehr als 190 Städten Beschäftigte der Fastfoodketten, Pflegekräfte, Flughafen- und Einzelhandelsangestellte. Die Proteste stützen sich häufig auf Organizing-Strategien, wie sie in den sogenannten Worker Centers entwickelt wurden. Worker Centers sind eine alternative Form der außerbetrieblichen Organisierung von Beschäftigten. Ihre Erfahrungen bieten wichtige Impulse für die Debatte um eine Erneuerung gewerkschaftlicher Strategien und insbesondere für den Umgang mit MigrantInnen.

Worker Centers – Organisierungen über die betriebliche Ebene hinaus

Worker Centers verbinden die Bearbeitung von Konflikten am Arbeitsplatz mit der Mobilisierung durch informelle Netzwerke. Sie tragen damit den spezifischen Problemen der ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnsektor Rechnung. Worker Centers setzen an den Ressourcen der Menschen an, die kaum über politischen Einfluss oder materielle Mittel verfügen. Sie ersetzen die fehlende „institutionelle Macht“ durch die „Organisationsmacht“ breiter Bündnisse und Solidaritätsnetzwerke. Auch auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt sind MigrantInnen überproportional im Niedriglohnsektor beschäftigt. Die Worker Centers haben für sie eine besondere Bedeutung

Zwischen 1970 und dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der MigrantInnen an der amerikanischen Erwerbsbevölkerung verdreifacht. Sie arbeiten vor allem in schlecht bezahlten Jobs, in der Pflege, in der Hausarbeit, in der Landwirtschaft, in Hotels, der



Gastronomie und im Einzelhandel. In diesen Branchen existieren kaum Gewerkschaften – auch weil sie in den USA betriebliche Anerkennungswahlen gewinnen müssen. Die Niedriglohnbeschäftigten begannen also alternative Strategien zu entwickeln und organisierten sich in Worker Centers. Heute existieren rund 200 Worker Centers in nahezu allen Teilen des Landes.

Der strategische Ansatz der meisten Worker Centers besteht aus drei Elementen. **Erstens**, dem *Empowerment* der ArbeitnehmerInnen durch Bildung und Beratung. **Zweitens**, in der solidarischen Organisation, auch um öffentlich für die eigenen Interessen einzustehen. Worker Centers sind keine Serviceeinrichtungen. Sie funktionieren nur durch das Engagement der Kolleginnen und Kollegen. Strategien und Kampagnen werden nicht nur von den Betroffenen konzipiert, sondern auch maßgeblich von ihnen getragen. **Drittens** zielen Worker Centers nicht nur auf kurzfristige Erfolge, sondern kämpfen für grundlegende gesellschaftspolitische Reformen.

Das Restaurant Opportunities Center in New York

Die Strategien können gut am Beispiel des New Yorker Restaurant Opportunities Center (ROC) verdeutlicht werden. Dieses Worker Center wurde von ehemaligen Restaurantmitarbeitern des *Windows of the World*, dem ehemaligen Restaurant im 107. Stock des World Trade Centers, gegründet. Durch die Anschläge vom 11. September 2001 kamen dort 73 der 300 Kolleginnen und Kollegen ums Leben. Die Überlebenden verloren nicht nur ihr Einkommen, sondern viele von ihnen gerieten auch als MigrantInnen ins Visier der Terrorbekämpfung. Auf der Suche nach neuer Arbeit stellte sich für viele schon bald die Frage, ob man nicht die Strukturen in der Branche grundlegend reformieren könnte, um gute Arbeitsplätze zu schaffen.

Etwa 200.000 Menschen arbeiten in der New Yorker Gastronomie. Gerade einmal ein Prozent der rund 1500 New Yorker Restaurants sind gewerkschaftlich organisiert. Gesetzliche Regelungen, wie der Mindestlohn, werden regelmäßig missachtet, auch weil den Arbeitgebern meist keine Konsequenzen drohen. Laut einer Befragung des ROC verdienen 13 Prozent der Restaurantbeschäftigten 5,15 US-Dollars und weniger pro Stunde (also mehr als zwei Dollar unter dem Mindestlohn). Immer wieder werden die Kolleginnen und Kollegen um ihren Lohn betrogen. Urlaub, geregelte Arbeitszeiten und Überstundenbezahlung sind weitgehend unbekannt und viele Beschäftigte gehen trotz Krankheit zur Arbeit, um nicht den Job zu verlieren.

Schon im Jahr 2009 hatte das ROC rund 3000 Mitglieder. Es gewinnt neue Kolleginnen und Kollegen über Weiterbildungen, Sprachkurse, arbeitsrechtliche Beratung und mit Seminaren über die Branchenstruktur. Auch die Unterstützung in Arbeitskonflikten durch Rechtsbeistand gehört zur Aufgabe des ROC, dass inzwischen mehr als 4,5 Millionen US-Dollar an ausstehenden Löhnen einklagen



konnte. Die juristische Arbeit verbindet das ROC meist mit Kampagnen, die auf grundlegende und langfristige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Gastronomie abzielen.

Die Kampagne gegen die Fireman Hospitality Group

Von 2005-2008 führte das ROC eine solche Kampagne gegen die Fireman Gruppe, die Eigentümer von sieben Restaurants in New York City mit insgesamt 1200 Angestellten ist. Der Ausgangspunkt der Kampagne war der Protest studentischer JobberInnen gegen das Restaurantmanagement, weil es einen Teil ihrer Trinkgelder für sich beanspruchte. Diese als 'tipping the house' bekannte Praxis ist rechtswidrig aber weit verbreitet.

Als die Studierenden ihren Protest beschlossen, forderte sie das ROC auf, die im Restaurant angestellten MigrantInnen in die Mobilisierung einzubeziehen. Ebenso wie in anderen Branchen des Niedriglohnsektors sind die Arbeitsverhältnisse in der Gastronomie stark nach Herkunft und Geschlecht segmentiert und hierarchisiert. Während die Studierenden auf die Forderung des ROC zunächst mit Skepsis reagierten, weil sie erwarteten, dass die MigrantInnen mit Desinteresse reagieren würden, erlebten sie eine Überraschung. Viele der MigrantInnen waren bald engagierter an der Kampagne beteiligt, als sie selbst. Gemeinsam verfassten sie nun einen Beschwerdebrief an das Restaurantmanagement. Sie forderten ein Ende der Unterbezahlung und der Einbehaltung der Trinkgelder sowie eine effiziente betriebliche Antidiskriminierungspolitik, die sicherstellen sollte, dass alle Angestellten die gleichen Aufstiegschancen bekommen.

Bei einer Kundgebung im *Redeye Grill*, einem Restaurant der Fireman Gruppe, informierten sie die dort speisenden Gäste über die Missstände in den Restaurants. Gleichzeitig forderte das ROC das Management auf, mit ihm in Verhandlung zu treten, andernfalls werde man gerichtlich gegen das Unternehmen vorgehen. Die Geschäftsleitung reagierte zunächst mit Einschüchterungsversuchen. Mehrere Angestellte, die sich an der Kampagne beteiligt hatten, wurden entlassen, andere abgemahnt oder eingeschüchert. Erst als einige Kolleginnen und Kollegen die Proteste fortsetzen und das Büro der Fireman Gruppe besetzten, willigte die Geschäftsführung ein, die Entlassenen wieder einzustellen.

Weitere Verhandlungen blieben aus, weshalb die Kampagne auf andere Restaurants der Gruppe ausgeweitet wurde. Das ROC reichte die Klage gegen das Unternehmen wegen Unterbezahlung, Lohnraub und Diskriminierung ein. Nach zweieinhalb Jahren Kampagnenarbeit und harten juristischen Auseinandersetzungen erklärte sich das Management schließlich bereit, eine Einigung zu erzielen. Das ROC handelte daraufhin Lohnrückzahlungen und substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen aus, darunter auch Maßnahmen gegen rassistische



Diskriminierung und sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz, und beendete die Kampagne.

Handlungsfähigkeit jenseits traditioneller gewerkschaftlicher Organisierung

Die Kampagne gegen die Fireman Gruppe veranschaulicht, wie es dem Worker Center ROC gelungen ist mit einer Kombination aus juristischem Vorgehen und öffentlichkeitswirksamen Protesten Erfolge zu erzielen. Worker Centers haben gegenüber Einrichtungen der amerikanischen Gewerkschaften den strategischen Vorteil, dass sie nicht den rigiden gesetzlichen Regelungen unterworfen sind, an die Gewerkschaften in den USA gebunden sind^[1]. Anders als die Gewerkschaften können sie Beschäftigte unabhängig vom Ausgang betrieblicher Anerkennungswahlen und aus einer Minderheitenposition heraus organisieren. Dabei sind sie auch in der Wahl ihrer Protestformen freier.

Worker Centers wollen und können Gewerkschaften keineswegs ersetzen. Viele Beispiele von Kooperationen zwischen Gewerkschaften und Worker Centers zeigen, dass die Zusammenarbeit sehr erfolgversprechend ist. Worker Center-Kampagnen können im Niedriglohnsektor den Weg für eine spätere gewerkschaftliche Organisierung ebnen. Die amerikanische Einzelhandelsgewerkschaft *Retail Wholesale Department Store Union* (RWDSU) kooperiert nach diesem Muster bereits seit Jahren erfolgreich mit Community-Organizern und gründete sogar ein eigenes Worker Centers, das *Retail Action Project*, um ihre Mitgliederbasis zu erweitern.

Fazit

Was kann von den Organisierungen und Kampagnen der US-amerikanischen Worker Centers gelernt werden? Zunächst einmal haben Worker Centers bewiesen, dass es auch unter sehr widrigen Bedingungen möglich ist, sich kollektiv zu organisieren. Auch in Deutschland wächst das Bewusstsein, dass die Bekämpfung von Lohndumping bei MigrantInnen neue Ansätze erfordert. Die bisher entstandenen Beratungsangebote sind dabei ein guter Anfang. Bislang werden Fälle von Lohnbetrug jedoch nur sehr selten vor Gericht verhandelt, da die Betroffenen oft vor einer Klage zurückschrecken. Diesbezüglich könnte die Beratungsinfrastruktur weiter verbessert werden.

Die Erfahrungen der US-amerikanischen Worker Centers verdeutlichen, dass es notwendig ist Druck aufzubauen, um Veränderungen zu erzielen. Gerade die Kombination aus öffentlichen Kampagnen, betrieblichen Protestaktionen, rechtlichen Klagen und gewerkschaftlichen Organizing sind erfolgsversprechend. Das neue



Mindestlohngesetz könnte in Verbindung mit Anti-Diskriminierungspolitiken wichtige strategische Ansatzpunkte bieten. Damit könnten nicht nur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt werden, sondern Mitgliedergewinne der Gewerkschaften. Vor allem aber würde man der weiteren Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen entgegen treten. Davon würden nicht nur diejenigen profitieren, die von prekären Arbeitsverhältnissen am massivsten betroffen sind, sondern letztlich alle ArbeitnehmerInnen.

Anmerkung: Die bislang quantitativ umfassendste Studie über Worker Centers verfasste Fine, Janice (2006): *Worker Centers. Organizing Communities at the Edge of a Dream*. Ithaca, New York. Aktuelle Materialien über Worker Centers – u.a. die Broschüre „The Rise of Worker Centers and the Fight for a Fair Economy. How dynamic new worker organizations are overcoming corporate attacks to advance fair wages for all“ findet sich auf der Internetseite des United Workers Congress www.unitedworkerscongress.org

[1] Diese sind neben dem im National Labour Relations Act von 1935 festgeschriebene Recht auf gewerkschaftliche Organisierung die Regelungen des Taft-Hartley-Acts von 1947, indem u.a. Arbeitgeber_innen das Recht eingeräumt wurde, gewerkschaftliche Anerkennungswahlen im ihrem Sinne zu beeinflussen. Infolge der arbeitgeberfreundlichen Gesetzgebung nahm die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Betriebe seit den 1950er Jahren sukzessive ab.

Autorin: Dr. Martina Benz, Politikwissenschaftlerin



Reiner Hoffmann zu den Folgen der Griechenlandwahl für Europa (Interview)

von Henning Meyer

Henning Meyer: Die griechische Wahl hat die europäische Politik gründlich aufgewirbelt. Wie schätzen Sie das Wahlergebnis ein?

Reiner Hoffmann: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Griechenland hat die Krisenpolitik der Austerität abgewählt, die das Land in eine soziale Katastrophe geführt hat. Die massiven Ausgabenkürzungen haben das Land in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, die sozialen Sicherungssysteme wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22 Prozent gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für die Beschäftigten demontiert. Ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27 Prozent, unter Jugendlichen sogar bei über 50 Prozent. Mehr als 800.000 Menschen sind nicht mehr von einer solidarischen Gesundheitsvorsorge erfasst und bekommen nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist deshalb auch ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik seit 2010.

Die alte Elite in Griechenland war ganz offenkundig nicht mehr wählbar. Wir sollten das Wahlergebnis der Bürgerinnen und Bürger in Griechenland ernst nehmen, als Aufforderung zu einem Politikwechsel. Dieser Politikwechsel wird jetzt eingeleitet und ich kann nur dringend empfehlen, dass sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die Kommission gemeinsam mit der neuen Regierung an einen Tisch setzen. Sie sollten gemeinsam konstruktive Lösungen erarbeiten, die wirklich dauerhaft aus der Krise herausführen, aber eben nicht mehr einseitig zu Lasten der Menschen.

Henning Meyer: Die Syriza-geführte Regierung propagiert einen Schuldenschnitt und eine Abkehr von der Sparpolitik, was in Deutschland zu teils heftigen Widerständen geführt hat. Halten Sie die Syriza-Forderungen für sinnvoll?

Reiner Hoffmann: Um es in der Fußballsprache auszudrücken: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Will sagen, die griechische Regierung wird nach dem Wahlkampf – und da hört man ja auch die ersten Signale – auf den Boden der Realität zurückkommen. Wir hören jetzt vom griechischen Finanzminister Varoufakis andere Töne und sehen durchaus die Möglichkeit, dass mit dieser neuen Regierung



konstruktive Lösungen für eine bessere Schulden Tragfähigkeit gefunden werden. Wir halten es für falsch, dass man jetzt einen Schuldenschnitt macht, er ist auch nicht nötig. Damit wäre weder Griechenland noch der Europäischen Union geholfen.

Warum ist denn der Schuldenstand Griechenlands weiter gestiegen? Das liegt in erster Linie an der Sparpolitik und dem damit verbundenen sogenannten Divisorproblem. Wenn aufgrund massiver staatlicher Ausgabenkürzungen das BIP im Nenner sinkt, wächst automatisch der Wert des Quotienten, d.h. die Schuldenquote, und zwar ohne dass das Land auch nur einen Euro neue Schulden aufnimmt. Genau das ist in Griechenland in den letzten Jahren passiert: Die öffentlichen Haushalte haben Primärüberschüsse erzielt, zuletzt sogar von 2,4 Prozent. Aber wenn die Zinsen insgesamt höher sind als das jährliche Wachstum, lassen sich Schulden nicht abtragen.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, dass Griechenlands BIP wieder wächst und die Zinslast zeitlich gestreckt wird. Das Land und die Menschen brauchen wieder Luft zum Atmen. Der moderate Vorschlag von Varoufakis, die EU-Forderung nach einem primären Haushaltsüberschuss von derzeit 4 Prozent auf 1,5 Prozent abzusenken, erscheint mir deshalb sinnvoll und gerechtfertigt. Varoufakis' Vorschlag, die Höhe der Zinszahlungen künftig an das Wirtschaftswachstum zu koppeln, sollte man sich vorurteilsfrei ansehen. Allerdings müssen wir wissen, dass der Schuldenabbau nicht in drei oder fünf Jahren zu realisieren sein wird. Wir sollten uns auf eine längere Strecke einrichten. Ein Dauerlauf ist gefordert und kein Sprint, wie ihn die Troika den Griechen vorgeschrieben hatte. Der ehemalige Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), John Monks, dessen Stellvertreter ich war, hat die Sparauflagen damals schon mit einem wirtschaftlichen Versailler Vertrag verglichen und davor gewarnt, dass es keine nachhaltige Strategie ist, ein Land in den Ruin zu treiben.

Deswegen fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Gesamtlösung für die Schuldnerländer. Wir wollen Neuverhandlungen im Rahmen einer europäischen Schuldenkonferenz für alle Krisenländer, um die Schulden Tragfähigkeit wiederherzustellen und so die Eurozone zu stabilisieren. Wir halten das Gerede über einen GREXIT für falsch, es wäre schädlich, wenn Griechenland aus der Währungsunion ausschiede. Auch das brächte keine dauerhafte Lösung, sondern würde die Probleme, wegen eines möglichen Domino-Effekts nur verschärfen.

Henning Meyer: Welchen Politikwechsel würden Sie gerne sehen? Was muss auf der europäischen Ebene passieren, um die Eurokrise endlich strukturiert zu bekämpfen und um das Abrutschen in eine hartnäckige Deflation zu verhindern?

Reiner Hoffmann: Zunächst müssen wir nüchtern feststellen: Die Sparpolitik hat die Krise in der Eurozone zu keinem Zeitpunkt überwunden oder gar gelöst. Die Krise



hat seit Mario Draghis berühmtem ‚whatever it takes‘ 2012 nur eine Pause eingelegt. Diese Pause wurde von der alten Barroso-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Union aber nicht dazu genutzt, die Webfehler ihrer Krisenstrategie zu korrigieren. Sie sind weiter nach dem Prinzip verfahren, die Last einseitig auf die EZB abzuladen. Aber seit dem Erreichen der nominalen Nullzinsgrenze ist die Wirkung der Geldpolitik sehr eingeschränkt. Wir beurteilen deshalb auch die Durchschlagskraft der jetzt angekündigten Maßnahmen des ‚quantitative easing‘ eher skeptisch. Die Geldpolitik benötigt jetzt dringend die Hilfe der Fiskalpolitik. Denn ohne Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird kein einziger Euro investiert werden. Investitionen müssen sich schließlich auch rechnen, wenn aber alle nur sparen, wird auch nichts investiert.

Deshalb wollen wir von der EU eine deutliche Abkehr von der bisherigen unsozialen Austeritätspolitik mit ihrer krisenverschärfenden Wirkung. Die Gewerkschaften in Europa haben Investitionen in die Realwirtschaft Europas zu einem prioritären Thema erhoben. Europa benötigt einen Masterplan für eine europäische Investitionsoffensive. Der Investitionsplan von Jean-Claude Juncker ist in diesem Zusammenhang ein erster Schritt in die richtige Richtung. Er setzt ein wichtiges politisches Signal: Zum ersten Mal reden wir in Europa wieder von Wachstum durch Investitionen. Juncker nimmt damit auch den Vorstoß des EGB und des DGB - eines Marshall-Plans für Europa - politisch auf. Allerdings ist Junckers Plan nicht ambitioniert genug, bezogen auf sein Volumen, seine Finanzierung und die in ihm enthaltenen Restriktionen. Hier fordern wir Nachbesserungen und eine Aufstockung durch die Mitgliedstaaten, damit er eine nennenswerte Wirkung entfalten kann.

Ein europäisches Investitionsprogramm sollte auch mit der industriepolitischen Strategie der Vorgänger-Kommission und dem Pariser Klimagipfel in diesem Jahr verzahnt werden. Wenn es uns gelingt, die industrielle Wertschöpfung wieder über 20% des BIP in der EU anzuheben, werden wir zukunftsfester und krisensicherer werden können. Die Grundlektion sollte jedenfalls für uns lauten: aus einer Krise kann man sich nicht heraussparen, man muss aus ihr herauswachsen.

Henning Meyer: Vielen Dank für das Interview!

Das Interview wird in englisch auf [Social Europe](#) erscheinen.

Zum Aufruf der DGB Gewerkschaften: <http://wp.europa-neu-begruenden.de>

Autor: Dr. Henning Meyer, Herausgeber des Onlinemagazins Social Europe



Der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ und was er uns über die Gesellschaft verrät

von Zygmunt Bauman

Wir haben die Tragödien des 20. Jahrhunderts miterlebt – zwei Weltkriege, die Shoah, den Stalinismus. Was ist das Besondere an der gegenwärtigen Bedrohung durch den islamischen Extremismus?

Politisch motivierte Attentate sind so alt wie die Menschheit und die Chancen, dass sie verschwinden, sind äußerst gering. Gewalt ist eine untrennbare Begleiterscheinung politischer Gegensätze und Konflikte. Sie ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Existenz. Die Opfer politischer Gewalt unterscheiden sich allerdings in den unterschiedlichen Epochen sehr.

In den letzten Jahrhunderten richteten sich politische Morde überwiegend gegen Politiker – Persönlichkeiten wie Jean Jaures, Aristide Briand, Abraham Lincoln, Erzherzog Ferdinand und zahllose andere. Sie waren ideologisch unterschiedlich motiviert und auf verschiedene Bereiche des politischen Spektrums bezogen. Es waren aber immer aktuelle oder zukünftige Machtinhaber betroffen. Der Glaube war damals weit verbreitet, dass sich nach dem Attentat die Welt (oder das Land) zu etwas Besserem verändern würde.

Die politischen Anschläge des 11. September 2001 richteten sich nicht gegen bestimmte „Persönlichkeiten“ im politischen Rampenlicht und auch nicht gegen solche Personen, die für Vergehen verantwortlich gemacht wurden. Die Anschläge richteten sich vielmehr gegen Institutionen, die als Symbole der wirtschaftlichen (World Trade Center) und der militärischen (Pentagon) Macht galten. Beachtenswert ist jedoch, dass diese politischen Anschläge noch kein gemeinsames spirituelles Zentrum besaßen.

Zwei Aspekte unterscheiden die „Charlie Hebdo“-Morde von vorherigen Fällen:

Erstens: am 7. Januar 2015 nahmen die Attentäter ein Ziel ins Visier, das mit großer medialer Aufmerksamkeit verbunden war und Bestandteil der Massenmedien ist. Wissend oder unwissend, geplant oder eher zufällig, bestätigten die Attentäter die Machtverlagerung von den politischen Entscheidern hin zur Öffentlichkeit, den Zentren der Meinungsbildung. Die Opfer waren in diesen Bereichen tätig. Sie wurden durch den Anschlag als Schuldige dargestellt, weil sie die Verbitterung, den Hass und den Drang der Attentäter nach Vergeltung hervorgerufen haben.



Zweitens: Neben der Verschiebung des Angriffsziels in den Bereich der öffentlichen Meinung, war der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ auch ein Akt der personifizierten *Vendetta* (nach einem Muster, das zurückgeht auf Ayatollah Khomeini, dessen *Fatwa* im Jahr 1989 den Tod von Salman Rushdie forderte). Die Gräueltaten des 11. September stimmten noch mit der damaligen Tendenz einer „De-Personalisierung“ politisch motivierter Gewalt überein. Demnach richtete sich die mediale Aufmerksamkeit nach der Anzahl der – meist anonymen und zufälligen – Opfer. Die Barbarei vom 7. Januar bildete nun den Abschluss eines langen Prozesses der „De-Institutionalisierung“, Individualisierung und Privatisierung der menschlichen Praxis. Die öffentlichen Angelegenheiten werden dabei weniger über etablierte gemeinschaftliche Institutionen wahrgenommen, sondern zunehmend in den Bereich der individuellen Lebensgestaltung verlagert – aus der gesellschaftlichen Verantwortung in die individuelle Verantwortung.

In unserer mediendominierten Informationsgesellschaft sind die Menschen, die mit der Schaffung und Verteilung von Informationen befasst sind, in die Mitte des Schauplatzes gerückt, auf dem das Drama des menschlichen Zusammenlebens inszeniert und anschaulich wird.

Es wurde viel über diesen Anschlag gesagt: er sei eine Fortführung der heiligen Kriege zwischen Christen und Muslimen, ein Anschlag auf die freie Meinungsäußerung, eine symbolische Kampfansage an Paris als Wiege westlicher Werte. Was denken Sie?

All die Gründe, die als Teil des aufflammenden Gegensatzes zwischen Christen und Muslimen angeführt werden, enthalten ein Körnchen Wahrheit, aber keiner enthält die ganze Wahrheit. Viele Faktoren tragen zu diesem überaus komplexen Phänomen bei. Einer davon und vielleicht der maßgeblichste ist die anhaltende weltweite Diaspora, die dazu führt, dass aus entfernt lebenden Fremden, solchen die vorübergehend zu Besuch oder auf der Durchreise sind, unmittelbare Nachbarn werden – die die Straße, öffentliche Einrichtungen, die Arbeitsstätte oder die Schule teilen. Die enge Nachbarschaft von Fremden ist in der Tendenz immer etwas nervenaufreibend. Man weiß nicht, was man von einem Fremden erwarten soll, welches seine oder ihre Intentionen sind und wie er oder sie auf das eigene Verhalten reagiert. Noch wichtiger jedoch und im Gegensatz zur sicheren Online-Welt, ist es nicht möglich, die realen Differenzen zu übergehen, die auf den ersten Blick nicht vereinbar mit den eigenen Gewohnheiten erscheinen.

Wie reagiert man auf eine solche Situation? Der Haken ist, dass wir es bislang versäumt haben, eine befriedigende Reaktion zu entwickeln, geschweige denn zu etablieren. Eine weithin als progressiv betrachtete Strategie ist eine Politik, die unter der Bezeichnung „Multikulturalismus“ bekannt ist. In seinem Buch *Trouble with Principle* (Harvard University Press, 1999) unterschied Stanley Fish zwei Varianten



dieser Strategie: einen “Boutique-“ und einen “starken” Multikulturalismus. Der Boutique-Multikulturalismus bezeichnet nach der Definition von Fish eine oberflächliche Faszination für das *Andere*: exotisches Essen, Kulturfeste und distinguierte Liebhaberei. Mit Boutique-Multikulturalismus ist genau all der Nonsens der globalen Konsum-Ideologie gemeint, der sich in den Statusmeldungen von Facebook finden lässt. Vertreter dieser oberflächlichen Form des Multikulturalismus schätzen und genießen andere Kulturen, sympathisieren mit diesen und erkennen deren Legitimität. Aber sie gehen nie so weit, diese grundlegend anzuerkennen. „Boutique-Multikulturelle“, so Fish, „nehmen die zentralen Werte der Kultur, die sie tolerieren, nicht ernst und können dies auch nicht.“ Aus demselben Grund, würde ich sagen, verschlimmern sie das Problem noch durch eine Geringschätzung der Verletzung, durch die Missachtung dessen, was dem „Fremden“ von nebenan sakrosankt ist. Es wird offenbar in der Kränkung in Form eines jovialen Abtuns von: „das kann doch nicht Ihr Ernst sein!“ Stanley Fish beschrieb die Haltung so:

„Das Problem, wenn man Toleranz als sein vorrangiges Prinzip bestimmt, ... ist, dass man dem möglicherweise nicht treu bleiben kann, weil die Kultur, deren zentrale Werte man toleriert, sich früher oder später selbst als im Kern intolerant erweist. Die Besonderheit, die sie als einzigartig und sich selbst definierend auszeichnet, steht der Aufforderung zur Mäßigung oder der Einbindung in einen größeren Rahmen entgegen. Konfrontiert mit der Forderung, eigene Standpunkte aufzugeben oder dadurch zu erweitern, dass Praktiken der natürlichen Gegner – andere Religionen, Rassen, Geschlechter oder Klassen – integriert werden, wird sich die bedrängte Kultur mit allen Mitteln, von diskriminierenden Rechtsnormen bis hin zur Gewalt, wehren.“

Es ist natürlich, dass Erniedrigungen nach einem Ventil suchen, durch das der Druck abgebaut werden kann. Wenn die Erniedrigungen, wie in der Diaspora Europa, sich darüber potenzieren, dass sich die Abgrenzungen zwischen denjenigen, von denen die Demütigung ausgeht, und den Gedemütigten mit den Abgrenzungen zwischen sozial Privilegierten und sozial Benachteiligten überlappen, dann wäre es naiv, nicht zu erwarten, dass entsprechende Ziele begierig als Ventile gesucht werden. Wir leben gegenwärtig in einem Minenfeld, von dem wir wissen (oder zumindest wissen sollten), dass es jede Menge Sprengstoff aufweist. Explosionen geschehen, wengleich es keine Möglichkeit gibt vorherzusagen, wann und wo.

Radikalislamische Ideologie oder „strukturelle“ ökonomische Ungleichheit: welche Komponente spielt eine größere Rolle hinsichtlich dieses Phänomens der Radikalisierung und des Terrorismus in Europa und der Welt?

Warum reduzieren Sie das Problem “Radikalisierung und Terrorismus in Europa” auf das Phänomen “radikalislamische Ideologie”? In *Soumission* [Unterwerfung] von



Michel Houellebecq, in dem ein alternativer (zum Triumph des individualisierten Konsumenten) unheilvoller Weg skizziert wird, gewinnt im Jahr 2022 Mohammed Ben Abbes nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der rechten Nationalistin Marine Le Pen die Wahlen in Frankreich. Die beiden Konkurrenten sind alles andere als zufällig gewählt. Es könnte so kommen, wenn wir unfähig oder nicht willens sind, den Kurs zu ändern.

Die mit der Demokratie verbundenen Hoffnungen auf Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind ganz offensichtlich nicht Wirklichkeit geworden. Demokratische Politik und noch mehr das Vertrauen in die Demokratie, als den besten Weg zur Lösung der dringlichsten sozialen Probleme, befinden sich in einer Krise. Wie Pierre Rosanvallon argumentiert:

“Diejenigen, die die Macht innehaben, genießen nicht mehr das Vertrauen der Wähler; sie werden bestenfalls noch durch das Misstrauen gegenüber ihren Gegnern und Vorgängern begünstigt.“

Überall in Europa beobachten wir ein Anschwellen antidemokratischer Stimmungen – und eine massive Abwanderung der unteren Schichten in die Lager am extremen Ende des politischen Spektrums aufgrund des einmütigen Versprechens, die bereits diskreditierten hohen Moralstandards durch die noch unerprobte Selbstherrlichkeit einer Autokratie zu ersetzen. Spektakuläre Akte der Gewalt können als Erkundungsversuche in diese Richtung gedeutet werden. Das Wort des Propheten ist nur eines der Banner, das eingesetzt wird, um die Gedeemütigten und Benachteiligten, die Zurückgelassenen und Aufgegebenen, die Ausgestoßenen und Ausgeschlossenen, die Wütenden und die Vergeltung Suchenden zusammen zu scharen.

Sie haben bekräftigt, dass Ethik immer ein „Ich“ braucht, nicht ein „Wir“. Das ist das Gegenteil von Fundamentalismus. Ist das „Ich“, die Affirmation individueller Identität, der Weg der Ethik, um den Fundamentalismus zu überwinden?

In seinem ersten Apostolischen Schreiben erneuerte Papst Franziskus die aus dem Blickfeld geratene moralische Dimension unserer Unterwerfung unter Hingabe an einen zügellosen, unkontrollierten und von der gesellschaftlichen Leine gelassenen Kapitalismus, geblendet von der Gier nach Bereicherung und blind gegenüber menschlichem Leid. Sie werden keine tiefgründigere und umfassendere Antwort auf unsere Frage finden (1):

„Die Menschheit erlebt im Moment eine historische Wende, die wir an den Fortschritten ablesen können, die auf verschiedenen Gebieten gemacht werden. Lobenswert sind die Erfolge, die zum Wohl der Menschen beitragen, zum



Beispiel auf dem Gebiet der Gesundheit, der Erziehung und der Kommunikation. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass der größte Teil der Männer und Frauen unserer Zeit in täglicher Unsicherheit lebt, mit unheilvollen Konsequenzen. Einige Pathologien nehmen zu. Angst und Verzweiflung ergreifen das Herz vieler Menschen, sogar in den sogenannten reichen Ländern. Häufig erlischt die Lebensfreude, nehmen Respektlosigkeit und Gewalt zu, die soziale Ungleichheit tritt immer klarer zutage. Man muss kämpfen, um zu leben – und oft wenig würdevoll zu leben. (...)

Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg.

Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die „Wegwerfkultur“ eingeführt, die sogar gefördert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht „Ausgebeutete“, sondern Müll, „Abfall“.

Dem ist nichts hinzuzufügen.



Literatur/Quellen:

(1) Der deutsche Text des Apostolischen Schreibens findet sich unter:

http://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html

Das Interview erschien zuerst in Ausschnitten in der italienischen Zeitung *Corriera della Sera*. In englischer Sprache wurde es auf *Social Europe* veröffentlicht. Inzwischen ist es in vielen europäischen Sprachen publiziert worden. Hier erscheint es erstmals in Deutsch.

(Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Beck)

Autor: Prof. Zygmunt Bauman, emeritierter Professor der University of Leeds

Die Misere der gewerkschaftlichen Vertretungsrechte in den USA

von Thomas Greven

Aus europäischer Sicht fragt man sich häufig, warum es so schwierig für amerikanische Gewerkschaften ist, Beschäftigte zu organisieren, wenn doch die Vorteile so offensichtlich sind und sich in Umfragen immer wieder zeigt, dass sehr viel mehr Beschäftigte sich eine Gewerkschaft im Betrieb wünschen als sie bekommen. Das ist auch für die deutschen Gewerkschaften von Interesse, weil angesichts der Vielzahl in den USA tätiger deutscher Unternehmen zu erwarten ist, dass US-Gewerkschaften ihre deutschen Kollegen weiterhin regelmäßig um Unterstützung bitten werden.

Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW (United Auto Workers) versucht seit langer Zeit vergeblich, Werke von europäischen und japanischen Automobilherstellern zu organisieren. Nachdem auch bei VW in Chattanooga im Februar 2014 eine sogenannte Anerkennungswahl knapp verloren ging, hat die Geschäftsführung in Wolfsburg beschlossen, es der Gewerkschaft etwas leichter zu



machen. Schließlich ist es das einzige VW-Werk ohne Vertretungsstrukturen. Wolfsburg setzte gegenüber dem US-Management eine Politik des Community Organization Engagement durch. Das heißt, dass Organisationen, die nachweisen können, dass sie bestimmte Anteile der Beschäftigten repräsentieren, verschiedene Zugangs- und Informationsrechte erhalten. Im Dezember stellte ein unabhängiger Prüfer fest, dass die UAW mehr als 45% der Beschäftigten vertritt und damit das im Rahmen dieser Regeln höchste Niveau von Rechten erhält. Die Vertreter der UAW werden sich nun alle zwei Wochen mit der Geschäftsführung austauschen.

Zahlreiche Akteure bekämpfen die gewerkschaftliche Organisation von VW in Tennessee, u.a. der American Council of Employees (eine Konkurrenzorganisation der UAW im Werk), die National Right to Work Foundation und die Republikanische Partei in Tennessee. Es ist immer noch umstritten, ob die UAW sogar mehr als 50% Zustimmung der Beschäftigten erhalten hat. Falls dies der Fall ist, könnte VW die Gewerkschaft freiwillig, d.h. ohne Anerkennungswahl, als Tarifverhandlungspartner anerkennen. Eine erneute Anerkennungswahl könnte frühestens im Februar 2015 stattfinden.

Gewerkschaftliche Organisation in den USA und in Deutschland: Ein zugespitzter Vergleich

In den USA muss sich eine Mehrheit der Beschäftigten dafür aussprechen, von einer Gewerkschaft vertreten zu werden. Es gibt für diese kollektive Entscheidung verschiedene Wege (s.u.), die teilweise von den Wünschen des Arbeitgebers abhängen. In Deutschland kann selbst der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens Gewerkschaftsmitglied sein, genauso wie die Meister im Betrieb. In den USA dürfen Beschäftigte mit Leitungsfunktionen nicht Mitglied der Gewerkschaft ihrer Unterebenen werden und über die Abgrenzung gibt es regelmäßig Rechtsstreitigkeiten.

In Deutschland ist die Größe und Zusammensetzung der Belegschaft entscheidend für die Betriebsratswahl. In den USA ist das im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Organisation ein Streitpunkt; eine sogenannte “bargaining unit” muss definiert werden. Da die Beschäftigten eine Mehrheitsentscheidung für die gewerkschaftliche Organisation benötigen, fechten Arbeitgeber die vorgeschlagene “bargaining unit” gelegentlich an, um – auf der Basis ihres Wissens über die Zusammensetzung der Beschäftigten und damit der wahrscheinlichen Präferenzen in verschiedenen Betriebsteilen – maximalen Widerstand gegen die Gewerkschaft mobilisieren zu können. Auch dies führt oft zu Rechtsstreitigkeiten.

Das amerikanische Bundesarbeitsrecht (National Labor Relations Act) beinhaltet eine Reihe von Möglichkeiten für Arbeitgeber, die gewerkschaftliche Organisation zu gewährleisten:



- Arbeitgeber können die gewerkschaftliche Vertretung über den Nachweis der mehrheitlichen Unterstützung der Gewerkschaft anerkennen (meist per sog. „card check“). „Card check“ ist ein Verfahren, bei dem unterschriebene Erklärungen zur Unterstützung der Gewerkschaft eingesammelt werden und dann von einem neutralen Dritten gezählt werden. Dieses Verfahren ist weniger öffentlich als eine Wahlkampagne und schützt daher die Unterstützer der Gewerkschaft im Betrieb vor Repressalien.
- Arbeitgeber können sich neutral verhalten, aber auf einer von der Behörde (National Labor Relations Board, NLRB) überwachten Anerkennungswahl bestehen. Der Arbeitgeber kann hierbei die „bargaining unit“ akzeptieren und die Wahl schnell durchführen lassen. Er kann aber auch die „bargaining unit“ anfechten, d.h. in Frage stellen welche Beschäftigten an der Wahl teilnehmen dürfen.
- Der Arbeitgeber kann den Organisationsversuch der Beschäftigten und die Gewerkschaft aber auch aktiv bekämpfen.

Aus deutscher Sicht scheint die Variante, Anerkennungswahlen durchzuführen, völlig unproblematisch. Die Geschäftsleitungen deutscher Unternehmen mit Standorten in den USA versuchen regelmäßig, das positive Bild der „demokratischen Wahlen“ auszunutzen. Sie kritisieren Gewerkschaften dafür, dass sie das weniger öffentliche „card check“-Verfahren bevorzugen. Die Durchführung von Anerkennungswahlen bedeutet allerdings, dass der Arbeitgeber zahlreiche Möglichkeiten hat, sich der gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten zu widersetzen. Die Geschäftsleitung wird diese Praktiken immer als Ausdruck der Meinungsfreiheit verteidigen. Einige wenige Beispiele machen aber deutlich, dass es darum geht, Schwächen und Lücken des Gesetzes auszunutzen, um die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern:

- Die Gewerkschaft hat keinen Zugang zum Unternehmensgelände. Der Arbeitgeber wird sie als „betriebsfremde Partei“ deklarieren und auch Gewerkschaftsaktivisten im Betrieb untersagen, von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen.
- Arbeitgeber, die sich der Organisation widersetzen, verzögern Informationen über die Beschäftigten und stellen dann unvollständige Namens- und Adresslisten zur Verfügung.
- Arbeitgeber, die sich der Organisation widersetzen, nutzen oft anti-gewerkschaftliche Beratungsunternehmen („union busters“), die ihnen dabei helfen, die Gewerkschaft „zu vermeiden“, wie es euphemistisch heißt. Ihre Methoden befinden sich im „grauen Bereich“ der Gesetze. Sie wissen, dass die rechtlich vorgesehenen Strafen für Verstöße gegen das Organisationsrecht allesamt zu schwach sind, um eine abschreckende Wirkung zu erzeugen.



- Arbeitgeber reichen gegenstandslose Klagen ein, um Anerkennungswahlen zu verzögern und damit Zeit zu gewinnen, gegen die Gewerkschaft zu agieren und ein Klima der Angst und Ausweglosigkeit zu schaffen. Es gibt im amerikanischen Arbeitsrecht keine wirksame Abschreckung zur Verhinderung von gegenstandslosen Beschwerden, die nur der Verzögerung dienen.
- Arbeitgeber können Beschäftigte zur Teilnahme an Veranstaltungen verpflichten (“Captive audience meetings”), bei denen die antigewerkschaftliche Sichtweise der Geschäftsführung dargestellt wird. Zudem bedienen sich Arbeitgeber oft der Vorgesetzten und Vorarbeiter im Betrieb, die ihre Vertrauens- und Machtbeziehungen zu den Beschäftigten nutzen, um in Einzelgesprächen den Wunsch der Geschäftsleitung, “gewerkschaftsfrei” bleiben zu wollen, zu vermitteln.
- Arbeitgeber übertreiben und verdrehen in ihren antigewerkschaftlichen Kampagnen Angaben zu Mitgliedsbeiträgen u.ä. Sie verbreiten falsche Informationen und greifen manchmal auch Gewerkschaftsaktivisten persönlich an. Häufig drohen sie auch im Falle der gewerkschaftlichen Organisierung den Betrieb zu schließen. Diese Drohungen verstoßen gegen das Gesetz, sind aber schwer nachzuweisen.
- Gewerkschaftsaktivisten werden oft im Laufe der Organisierungskampagne entlassen. Auch dies verstößt gegen das Gesetz, ist aber ebenfalls schwer zu beweisen. Ohne einen Tarifvertrag sind Beschäftigungsverhältnisse in den USA jederzeit von beiden Seiten ohne Grund kündbar (“at will employment”, in Deutschland oft „hire and fire“ genannt). Die Diskriminierung von Gewerkschaftsaktivisten verstößt zwar gegen geltendes Recht, wird aber vor Gericht äußerst milde bestraft.

Wird eine Gewerkschaft im Betrieb anerkannt, ist sie fortan der ausschließliche Vertreter der Beschäftigten in der jeweiligen “bargaining unit”. In anderen Betriebsteilen, außerhalb der „bargaining unit“, kann es aber auch andere Gewerkschaften geben, die dort als ausschließliche Vertreter anerkannt sind, oder – was wahrscheinlicher ist – gar keine Gewerkschaft!

In diesem Anerkennungssystem ist es äußerst schwierig, das Prinzip der industriellen Organisierung durchzusetzen, nicht zuletzt weil für jedes Unternehmen bzw. für jeden Betrieb die Möglichkeit besteht “gewerkschaftsfrei” zu bleiben. Statt großer Industriegewerkschaften, die die Beschäftigten branchenweit vertreten, gibt es in den USA eine fragmentierte Landschaft von “gewerkschaftsfreien” Betrieben und Betrieben, die von verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, oft auch innerhalb des gleichen Unternehmens. Dadurch kommt es auch innerhalb des gleichen Unternehmens zu unterschiedlichen Tarifverträgen, was die gemeinsame Vertretung der Beschäftigten oder auch nur kooperative Absprachen immens erschwert. Auch die effektive Durchführung von Streiks ist angesichts verschiedener



Vertragslaufzeiten beeinträchtigt. Außerdem haben amerikanische Unternehmen das Recht, aus ökonomischen Gründen streikende Beschäftigte dauerhaft zu ersetzen.

Die betriebliche Anerkennung einer Gewerkschaft als Vertreter der Beschäftigten beendet nicht zwangsläufig die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber. Für die effektive gewerkschaftliche Vertretung und zum Einzug von Mitgliedsbeiträgen ist immer ein Tarifvertrag notwendig. Die Tarifverhandlungen eröffnen dem Arbeitgeber weitere Möglichkeiten zur Verzögerung und gegebenenfalls sogar zur Verhinderung der Organisierung. Das amerikanische Gesetz schreibt eine Verhandlungsführung im „guten Glauben“ vor, d.h. mit Willen zum Abschluss, aber Verzögerungstaktiken und unredliche Angebote sind nur schwer zu beweisen. Das Ziel solcher Verzögerungstaktiken kann eine sogenannte Aberkennungswahl sein, die der Gewerkschaft das Recht, die Beschäftigten zu vertreten, wieder entzieht.

Wenn ein erster Tarifvertrag abgeschlossen wird, enthält er Regelungen über die Verankerung der Gewerkschaft im Betrieb („union security.“ Entweder werden alle Beschäftigten Mitglied der Gewerkschaft („union shop“) oder diejenigen, die nicht Mitglied werden möchten, müssen eine Gebühr für die Arbeit der Gewerkschaft bezahlen („agency shop“). In einigen Einzelstaaten der USA, vor allem im Süden und Westen, inzwischen aber auch in ehemaligen gewerkschaftlichen Hochburgen wie Michigan, haben Republikanische Regierungen Gesetze verabschiedet, die Beschäftigten erlauben, weder Mitgliedsbeiträge noch Gebühren zu bezahlen, während andererseits die Gewerkschaft zu ihrer Vertretung verpflichtet ist. Diese Regelungen (genannt „right to work“, besser wäre freilich „right to a free ride“) dienen selbstverständlich dazu, die Gewerkschaft finanziell und bezüglich ihrer Mitgliederstärke zu schwächen.

Warum ist der Widerstand gegen Gewerkschaften in den USA so groß?

Aus deutscher Sicht, die von überwiegend positiven Erfahrungen mit der Sozialpartnerschaft geprägt ist und der aus ihr resultierenden größeren Produktivität der Beschäftigten und dem damit zusammenhängenden Betriebsfrieden, ist der aggressive Widerstand vieler Arbeitgeber in den USA kaum nachvollziehbar, ebenso wenig wie die politischen Versuche, die Gewerkschaften zu schwächen.

Die Gründe für diesen antigewerkschaftlichen Widerstand sind politischer und ökonomischer Natur. Politisch bedeutet eine Schwächung der Gewerkschaften immer auch eine Schwächung der Demokratischen Partei, weil Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familien für diese eine wichtige Wählerbasis sind. Aus den oben skizzierten Organisationsregeln folgen eine Übermacht gewerkschaftsfreier Konkurrenz und die Abwesenheit von branchenweiten Tarifverträgen. Dadurch entstehen für die Unternehmen ökonomische Anreize, eine gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern. Tatsächlich befinden sich die amerikanischen Gewerkschaften in einem



Teufelskreis: Je schwächer die Gewerkschaften werden, desto größer werden die Anreize, sich der Organisierung zu widersetzen.

Autor: Dr. Thomas Greven, Privatdozent für Politikwissenschaft an der FU Berlin

Arbeiten in der IT-Branche – Selbstbestimmung unter Zeitdruck

von Nadine Müller

Selbstbestimmung unter Zeitdruck

Die Beschäftigten in der IT-Branche besitzen mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Arbeit und sie haben durchschnittlich ein höheres Einkommen als in der Gesamtwirtschaft, aber auch der Arbeitsdruck ist sehr intensiv. Das zeigt die ver.di-Sonderauswertung auf Basis der jährlichen Befragung von Beschäftigten im Rahmen des DGB-Index *Gute Arbeit*.

Die Bedeutung der IT-Dienstleistungsbranche nimmt zu

Zur IT-Dienstleistungsbranche zählen Programmiertätigkeiten, Beratungs- und sonstige Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT und Informationsdienstleistungen wie Datenverarbeitung, Hosting, Erstellen von Webportalen und sonstige Informationsdienstleistungen. Die ver.di-Sonderauswertung gibt zunächst einmal einen spannenden Einblick in die Zusammensetzung der Branche: ca. 42 Prozent der Beschäftigten haben ein Fach- oder Hochschulstudium absolviert. Das Qualifikationsniveau ist damit im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt sehr hoch. Vollzeit arbeiten in der Branche 78 Prozent der Beschäftigten, was auch damit zu tun hat, dass nur 26 Prozent in dieser Branche Frauen sind. Eine befristete Beschäftigung haben 9 Prozent, was ungefähr dem Anteil in der Gesamtwirtschaft entspricht. Allerdings sind mit 14 Prozent Anteil sehr viele Erwerbstätige solo-selbstständig im Vergleich zu 6 Prozent in der Gesamtwirtschaft (Statistisches Bundesamt 2014, Stand 2012; vgl. Roth 2014, 13). Diese Entwicklung wird sich in Zukunft durch neue Arbeitsorganisationsformen wie das Crowdsourcing noch beschleunigen. Damit sind „neue Unsicherheiten“ verbunden, die sich vor allem an



der fehlenden Absicherung im Krankheitsfall und im Alter zeigen (ebd., 10; Schröder/Schwemmler 2014).

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des IT-Sektors wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Die Branche hat nicht nur ein enormes wirtschaftliches Gewicht mit kontinuierlichen Zuwächsen bei Umsatz und Erwerbstätigen. Sie ist auch der „klassische“ Kern des sich ausbreitenden Bereichs sogenannter „digitaler Arbeit“. Darunter sind alle Tätigkeiten mit digitalen Arbeitsmitteln zu verstehen (Schwemmler/Wedde 2012).

Ergebnisse der ver.di-Sonderauswertung IT: Gestaltungsmöglichkeiten versus Arbeitshetze

Die Sonderauswertung für den IT-Bereich zeigt zunächst mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen, dass die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten höher sind als im Durchschnitt aller Branchen. IT-Beschäftigte können ihre Arbeit weitaus eher selbständig planen und einteilen (79 Prozent IT-Branche zu 64 Prozent im Durchschnitt). Sie haben eher Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit (67 Prozent IT Branche zu 46 Prozent im Durchschnitt) und sogar auf die zu bewältigende Arbeitsmenge (45 Prozent IT-Branche zu 33 Prozent im Durchschnitt), wobei die Differenz beim letzten Indikator schon auffällig geringer ist und die Einflussmöglichkeiten nur für weniger als die Hälfte der Beschäftigten zutrifft.



Der nächste Indikator übertrifft den letzten noch und verweist zugleich auf die zentrale Problematik der Beschäftigten in der IT-Branche: Der Einfluss auf „widersprüchliche Anforderungen und Arbeitsintensität“ im Bereich „Belastungen“ schneidet mit 41 Punkten am schlechtesten ab und ist damit noch schlechter als in der Gesamtwirtschaft (47 Punkte). Hier macht sich dringender Handlungsbedarf deutlich (s. Abb. 1).

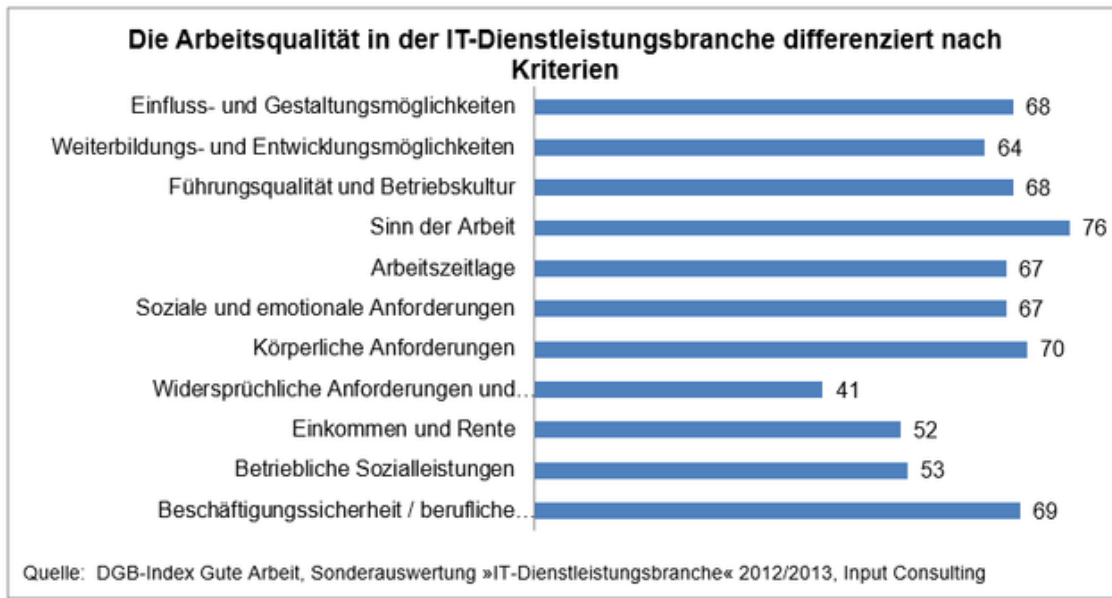


Abbildung 1

Der Handlungsbedarf wird noch offensichtlicher angesichts des demografischen Wandels und des zumindest vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) beklagten „gravierenden Fachkräftemangels“ (BITKOM 2013). Eine schlechte Arbeitsqualität bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsfähigkeit, denn diejenigen mit guten Arbeitsbedingungen meinen eher, ihre Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben zu können, als diejenigen, die unter einer schlechten Arbeitsqualität leiden (Abb. 2). Eine steigende Arbeitsverdichtung wirkt sich massiv auf die Gesundheit der Beschäftigten aus.



Ver.di fordert deshalb verbindlichere gesetzliche wie auch tarifliche Regelungen zum Gesundheits- und Belastungsschutz (Hannack/Schröder 2013, Bsirske 2015).

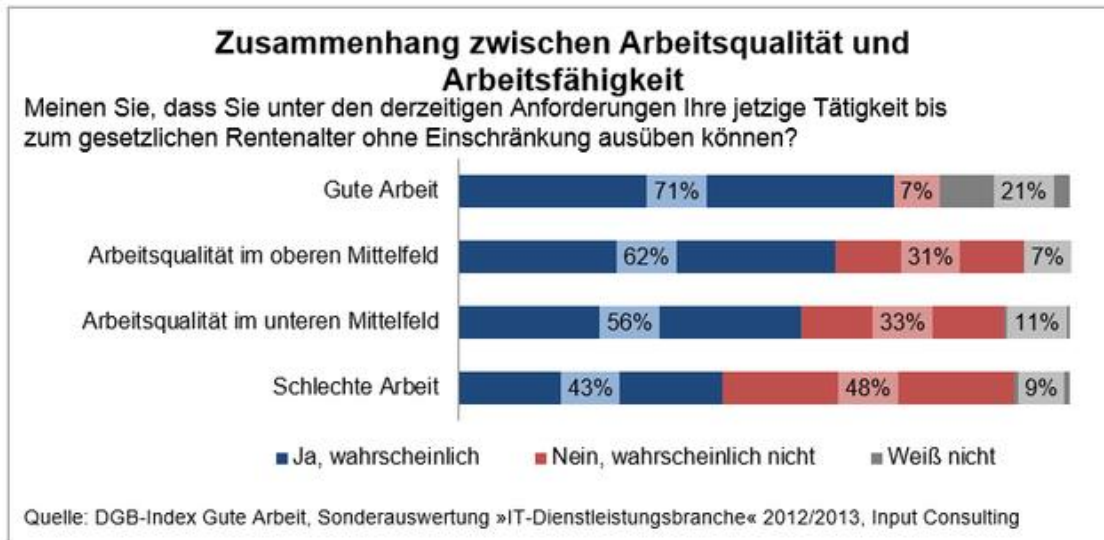


Abbildung 2

Laut der Sonderauswertung sind im Durchschnitt nur knapp über die Hälfte, nämlich 59 Prozent, der IT-Beschäftigten der Meinung, dass sie ihre jetzige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben können. Die Qualität der Arbeitsbedingungen spielt auch im Hinblick auf die Bereitschaft, beim Arbeitgeber zu bleiben oder zu wechseln, eine große Rolle (Abb. 3). Insgesamt gelingt es den Unternehmen in der IT-Dienstleistungsbranche nur unzureichend, ihre Mitarbeiter/innen an sich zu binden. Die potenzielle Wechselbereitschaft ist im Vergleich zur Gesamtwirtschaft etwas höher. Nur gut die Hälfte aller Befragten (56 Prozent) würde den Arbeitgeber auch dann nicht wechseln, wenn sich die Möglichkeit dafür böte. 17 Prozent der IT-Beschäftigten legen sich diesbezüglich nicht fest, und mehr als ein Viertel (27 Prozent) nähme wahrscheinlich die Möglichkeit zum Wechsel wahr.



Entspricht das Beschäftigungsverhältnis eher den Kriterien der Guten Arbeit, verbleiben die MitarbeiterInnen im Unternehmen.

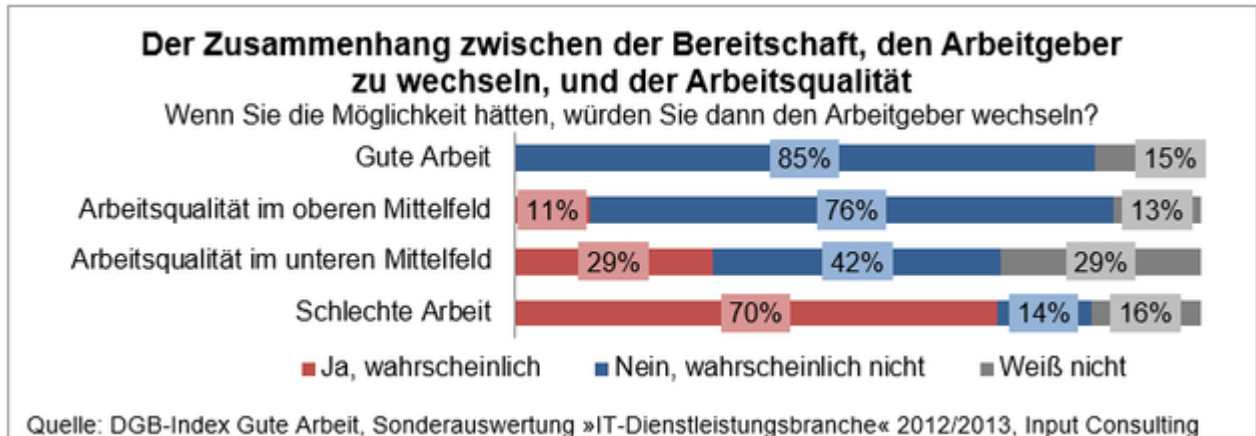


Abbildung 3

In Anbetracht der Bedeutung der kontinuierlichen Entwicklung von Kompetenzen und Fachwissen in der IT-Branche ist es alarmierend, dass die Weiterbildungsmöglichkeiten von den Beschäftigten schlechter bewertet werden als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft (vgl. Müller 2014). Gerade in den vielen wissensintensiven Bereichen der IT-Branche sollte das lebenslange Lernen ein zentrales Element des wirtschaftlichen Erfolgs der Unternehmen bilden. Gerade die kreative Aneignung des Wissens in der IT-Branche sollte erhalten und über Qualifizierungen weitergegeben werden. Wenn Beschäftigte ihr IT-Unternehmen verlassen, nehmen sie nicht nur einen Teil des Wissens mit, sondern auch ihre spezifischen Fähigkeiten. Mit Blick auf den beklagten IT-Fachkräftemangel und den demografischen Wandel braucht also die IT-Branche nicht nur einen angemessenen Gesundheits- und Belastungsschutz, sondern auch Regelungen für eine strategische Personalplanung und Qualifizierung. Ver.di hat bereits erste gute Standards mit den Tarifverträgen bei T-Systems und IBM gesetzt.

Leitlinien für gute digitale Arbeit

Mit der digitalen Arbeit – für die prototypisch die IT-Branche steht – sind durchaus emanzipatorische Potentiale verbunden. Sie kommen in der ver.di-Sonderauswertung über die Bewertung der Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten zum Ausdruck. Es könnte beispielsweise mehr Ort- und Zeitsouveränität und damit eine bessere Life-Work-Balance erreicht werden. Es wird aber auch deutlich, dass verstärkt die Gestaltung von Guter Arbeit in den Blick genommen werden muss, insbesondere aus der Perspektive der Beschäftigten. Das bedeutet, die Beschäftigten



inklusive der wachsenden Gruppe der IT-Freelancer als Experten einzubeziehen. Dadurch können praxisnahe Konzepte zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse entstehen. Die Anknüpfungspunkte sind die Leitlinien für gute digitale Arbeit, für die sich ver.di bereits in der [Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“](#) eingesetzt hat und im September 2014 mit einer gewerkschaftlichen Erklärung auf dem „Digitalisierungskongress“ bekräftigt wurden. Gute Arbeitsbedingungen mit den Erwerbstätigen gemeinsam zu gestalten, bleibt eine große gewerkschaftliche Herausforderung, der sich ver.di auch im Hinblick auf die Solo-Selbständigen bereits stellt: Knapp 30.000 Freelancer – auch aus dem IT-Sektor – sind Mitglied in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft.

Die gesamte Sonderauswertung steht zum Download bereit unter:

<http://innovation-gute-arbeit.verdi.de/gute-arbeit/materialien-und-studien>

Literatur/Quellen:

BITKOM (2013): Quereinsteiger haben es in der IT zunehmend schwer.
Presseinformation vom 12.12.2013

Bsirske, F. (2015): Politik für Gute Arbeit – die nächste Etappe, in: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hg.): Jahrbuch Gute Arbeit, Frankfurt, 28-41.

DGB-Bundesvorstand (2014): Leitlinien für gute digitale Arbeit. Beschluss des DGB-Bundeskongresses, Stand: 14.05.2014

Hannack, E./Schröder, L. (2013): Gesetzeslücken schließen, Sanktionen verschärfen, Beteiligungsrechte stärken und Arbeitsqualität verbessern, in: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hg.): Jahrbuch Gute Arbeit, Frankfurt, 51-64.

Müller, N. (2014): Innovationen. Nicht ohne Gute Arbeit! In: KOMM, Heft 3/2014, Berlin.

Roth, I. (2014): Die Arbeitsbedingungen in der IT-Dienstleistungsbranche aus Sicht der Beschäftigten. Branchenbericht auf der Basis des DGB-Index Gute Arbeit 2012/13, hrsg. von ver.di, Bereich Innovation & Gute Arbeit, Berlin



Schröder, L./Schwemmler, M. (2014): Gute Arbeit in der Crowd? In: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hg.): Jahrbuch Gute Arbeit, Frankfurt, 112-125.

Schwemmler, M./ Wedde, P. (2012): Digitale Arbeit in Deutschland, Bonn.

Statistisches Bundesamt (2014): Sonderauswertung des Mikrozensus 2012.

ver.di-Bereich Innovation und Gute Arbeit (2014) (Hrsg.): Digitalisierung und Dienstleistungen – Perspektiven Guter Arbeit. Gewerkschaftliche Positionen, Berlin, <http://innovation-gute-arbeit.verdi.de/themen/digitale-arbeit>

ver.di (2014), Gewerkschaftliche Erklärung: „Gute Arbeit in Zeiten des digitalen Umbruchs!“, Berlin, 11. September 2014, www.verdi.de/themen/recht-datenschutz/kongress

Autorin: Dr. Nadine Müller, Referentin im Bereich Innovation und Gute Arbeit beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin.



Eindringliche Warnung an die europäische Sozialdemokratie

von **Andreas Botsch**

Neo-klassische und monetaristische Wirtschaftstheorien gewannen gegen Ende der 1970er Jahre die Oberhand über den keynesianischen Nachkriegskonsens. Er hatte 40 Jahre lang die Wirtschaftspolitik beherrscht und den Industrieländern Europas und Nordamerikas zu einem nie dagewesenen Wohlstand verholfen. Das 'Goldene Zeitalter' mit Vollbeschäftigung, geringer sozialer Ungleichheit, technologischen und sozialen Fortschritt wurde abgelöst durch einen liberalen Marktradikalismus. Die keynesianischen Vorstellungen von sozialem Ausgleich wurden nun zu wirtschaftspolitischen Zombieideen erklärt. Die Finanzkrise in 2008 und die ihr folgende große Rezession ließen den neoliberalen Glaubenskanon effizienter Märkte implodieren. Letztlich mutierten nun die Neoliberalen zu den Zombies unserer Zeit. Es sind ihre „toten Ideen, die um uns herumgeistern“.^[1] Eine der populärsten, aber gleichzeitig gefährlichsten Ideen der *Zombie Economics* ist die Austeritätspolitik. Das Dogma des Sparens ist ein über Jahrhunderte wiederkehrendes Thema des wirtschaftspolitischen Denkens und Handelns, bei dem die Lernkurve erstaunlich flach verläuft. Es ist die „Geschichte einer gefährlichen Idee“, so der treffende Untertitel von Mark Blyths Buch in der 2013 erschienenen englischen Originalfassung. Er zeigt darin, dass sich nicht nur die gegenwärtige Austeritätspolitik auf fehlerhafte Statistiken und fragwürdige Theorien beruft.

Sparen auf Kosten der Schwachen

Blyths Grundthese lautet: Austeritätspolitik funktioniert in der Praxis nicht. Die wenigen Erfolgsgeschichten dieser Politik sind Sonderbedingungen geschuldet, die in der Eurozone so nicht anzutreffen sind, etwa weil die Möglichkeit der nominellen Abwertung der Währung den Mitgliedern mit Eintritt in die Währungsunion nicht mehr gegeben ist. Selbst dort, wo ein leichter Aufschwung zu beobachten ist, würde es viel zu lange dauern, bis das Vorkrisenniveau an Einkommen und Beschäftigung wieder erreicht ist. Denn die inzwischen eingetretene Entwertung von Kapital und Qualifikationen führt laut Blyth zu unwiederbringlichen Wachstumsverlusten. Blyths zweite These lautet daher: Austeritätspolitik lässt die Einkommensschwachen für die Fehler der Wohlhabenden zahlen und gefährdet damit den Wohlstand und untergräbt die Demokratie. Dieses rigide Sparen entlarvt er als konservative Politik für wirtschaftliche Interessen.

Austerität soll Europa aus der Krise führen, aber genau wegen ihr hat sich die wirtschaftliche Situation weiter verschärft. Die Schuldenstände sind angestiegen, das



Wachstum ist eingebrochen, und die Arbeitslosigkeit (vor allem unter Jugendlichen) hat in Südeuropa ein erschreckend hohes Niveau erreicht. Wie konnte das zustande kommen und auf welchen Annahmen beruhen die politischen Entscheidungen in Brüssel, Frankfurt und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten? Blyth antwortet hierauf mit seiner dritten These: die *Austerianer* unterliegen den „*fallacy of composition*“-Effekten ihrer Rezepte, also dem Trugschluss der Verallgemeinerung vom Einzelnen aufs Ganze.

Schuld, Sünde und Tod

Nach 18 kurzen Monaten keynesianischer Krisenpolitik lautete der politische Leitspruch im Frühjahr 2010 wieder: Man könne „Schulden nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen“. Er prägt die europäische Politik bis heute. Blyth sieht eine der psychologischen Ursachen hierfür in einer Eigentümlichkeit der deutschen Sprache, im Homonym von „Schulden“ und „Schuld“. Wenn Ausgabenpolitik heute unbewusst in die Nähe einer Sünde gestellt wird, möchte sich kein verantwortlicher Politiker damit identifizieren. Hinzu kommt die Verwechslung der privaten Schulden mit denen der öffentlichen Haushalte. In Angela Merkels „schwäbischer Hausfrau“ steckt eine vormoderne Moralität von Ökonomie, die glauben machen soll, dass Gift zur Heilung führt. Wenn die erhoffte Wirkung ausbleibt, wird die Giftkur verstärkt. Daran könnte, so warnt Blyth, der Patient, das vereinigte demokratische Europa, am Ende sterben.

Die Wirtschaftstheorie spielt neben der Psychologie und Moralität eine mindestens ebenso große Rolle beim Versagen der bisherigen politischen Krisenbekämpfung. Keynes beschrieb die Wirtschaftstheorie als die „Macht der Ideen von Ökonomen und politischen Philosophen, die größer ist als allgemein angenommen wird, und zwar sowohl wenn sie richtig wie wenn sie falsch liegt. Die Welt wird in der Tat von wenig anderem mehr beherrscht. Praktische Menschen, die sich in ihrem Selbstverständnis unabhängig von bestimmten intellektuellen Einflüssen wähnen, sind in der Regel doch nur Sklaven von irgendwelchen verstorbenen Ökonomen“^[2] Blyths Analyse beruht auf nichts weniger als auf der Anwendung von Keynes berühmter Diktion.

Eine Archäologie der herrschenden Ideen

Blyth untersucht im Mittelteil seines Buches sowohl die Ideengeschichte wie die natürliche Geschichte der Austerität. Die Ideengeschichte reicht vom klassischen Ursprung in John Lockes „Zweite Abhandlung über die Regierung“ (1690) bis zu den heutigen wissenschaftlichen Aufsätzen der *Austerianer* der Mailänder Bocconi Universität oder des Internationalen Währungsfonds. LeserInnen, denen die Wirtschaftstheorie weniger vertraut ist, erhalten einen leicht zugänglichen Überblick über die klassische liberale Theorie und ihre Unfähigkeit, die Rolle des Staates in der Wirtschaft klar zu erkennen (Hume, Smith, Ricardo). Weiter diskutiert er die neo-



liberalen Denkschulen im Großbritannien des beginnenden 20. Jahrhunderts (berühmt ist die Auseinandersetzung von Keynes mit der Sichtweise der Treasury, dem Finanzministerium in London), über den zu trauriger Berühmtheit erlangten 'Liquidationismus' der Hoover Administration [3] als Antwort auf die Krise von 1929, die zur Großen Depression führte. Auch die österreichischen (Schumpeter, Hayek, Mises) und deutschen Denkschulen (Walter Eucken und die Freiburger Schule des Ordo-liberalismus) werden behandelt. Die Originalität von Blyths Analysen liegt darin begründet, dass er Parallelen zu den heutigen neoliberalen Ideengebern zieht und damit zeigt, welchen hohen Einfluss die Eckpfeiler markoliberaler Wirtschaftstheorie auf die aktuellen politischen Entscheidungen in Europa ausüben. Der Autor betreibt damit eine Archäologie der herrschenden wirtschaftspolitischen Ideen. Er ist aber kein Marxist, der behaupten würde, die herrschenden Ideen einer Epoche seien immer die Ideen der herrschenden Klasse.

Ähnlich verfährt Blyth in der Darstellung der natürlichen Geschichte der Austerität. Von den Krisen des Goldstandards im ausgehenden 19. Jahrhundert über die Hooverschen und Brüning'schen Antworten auf den Schwarzen Freitag von 1929 bezieht sich die Analyse der wiederkehrenden Austeritätspolitiken immer wieder auf die jüngsten Fehlentscheidungen der Jahre seit 2010. Die englische Originalfassung des Buches erschien vor den empirischen Studien [4] der US-Wissenschaftler Pollin, Ash und Herndon. Sie deckten darin die Rechenfehler (Datenauswahl und Statistiken) in den berühmt-berüchtigten Forschungsergebnissen von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff [5] über die Kausalität hoher öffentlicher Verschuldung für niedriges Wirtschaftswachstum auf. Reinhart und Rogoff behaupteten, dass sich Volkswirtschaften mit öffentlichen Schuldenständen von mehr als 90% kaum mehr wirtschaftlich erholen könnten, womit sie einen immensen politischen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger in Europa ausübten. Der damalige EU-Kommissionspräsident Barroso und sein Stellvertreter Olli Rehn, Angela Merkel und Wolfgang Schäuble und die Regierungen im Vereinigten Königreich zitierten die Studie ausgiebig. Die behauptete 90%-Schwelle für den Weg in ein Untergangsszenario wurde zum „Totschlagargument“ der *Austerianer* gegen jeden, der empfahl, die einsetzende Bilanzrezession mit einer nachhaltigeren fiskalischen Stimulierung zu bekämpfen, um eben das Untergangsszenario zu verhindern. Blyths Buch enthält alle Elemente dieser Debatte und zeigt die gefährlichen Konsequenzen eines wirtschaftspolitischen Denkens, das auf stilisierte Modelle an Stelle von empirischen Fakten der Realwirtschaft baut.

Weiterhin legt Blyth dar, wie nach der drohenden Kernschmelze des Weltfinanzsystems die Regierungen der westlichen Hemisphäre private Schulden des Bankensektors sozialisierten und Letzteren dadurch retteten. Damit ging eines der „größten Ammenmärchen der modernen Geschichte“ einher und letztlich eine Verwechslung der Korrelation und Kausalität privater und öffentlicher Verschuldung (S. 85). Die Umwertung der Finanzmarkt- und Bankenkrise, also der



Krise der privaten Verschuldung, in eine öffentliche Schuldenkrise ist damit gemeint. Die griechische Staatsschuldenkrise kam im richtigen Augenblick, um daraus eine europäische Tragödie zu stricken. Tatsächlich war Griechenland das einzige EU-Land mit einer überhöhten Ausgabenpolitik, die das Land mit Hilfe von Derivaten der Finanzalchemisten von *Goldman Sachs* jahrelang erfolgreich vor den Augen der europäischen Institutionen hatte verbergen können. Griechenland diente als willkommener Vorwand, die Wende zur Austeritätspolitik in ganz Europa zu vollziehen.

Blyth beschreibt eindringlich die sich in den Institutionen 2010 ausbreitende Überzeugung, wegen der fehlenden nominalen Abwertungsmöglichkeit der Wechselkurse müssten eben die real-effektiven Wechselkurse abgewertet werden, also die Senkung der Löhne und Staatsausgaben. Deshalb steht Europa zu Beginn des Jahres 2015 am Rande einer Deflation. Die EU-Regierungschefs und Finanzminister legten den Rückwärtsgang ein und konzentrierten sich auf öffentlichen Schuldenabbau anstatt die durch den Finanzsektor entstandenen Schäden - wie in den USA - mit unkonventionellen Methoden der Geld- und Fiskalpolitik entschlossen zu bekämpfen.

Mathematik und Erwartung

Die Anwendung der Grundrechenarten hätte die europäischen Entscheider zu anderen Schlussfolgerungen verleiten können. Der öffentliche Schuldenstand ist ein Quotient und stellt somit einen relativen Wert dar, d.h. wenn der Divisor (das BIP) schrumpft, steigt der Wert des Quotienten. Umgekehrt ließe eine aktive Investitions- und Wachstumspolitik den Wert des Divisors steigen mit dem Ergebnis, dass der Quotient geringer würde. Ein weiterer höchst einflussreicher akademischer Aufsatz aus dem Jahre 2010 ermöglichte es den *Austerianern* jedoch, sich ihr Narrativ zurechtzubiegen. Blyth beschreibt eindringlich, wie das Märchen von der “expansiven Haushaltskontraktion” der Bocconi- und Chicago-Schüler Alberto Alesina und Silvia Ardagna[6] Einzug in die Beratungen des EU Finanzministerrates im April 2010 in Madrid fanden. Von dem Madrider Treffen an wurde die “expansive Haushaltskontraktion” zum Stehsatz in Politikerreden und offizieller Dokumente aller europäischer Institutionen, der nur dazu diente, Ausgabenkürzungen zu verteidigen um das angebliche Vertrauen der Märkte und Verbraucher wiederherzustellen. Die Theorie rationaler Erwartungshaltungen und andere “Vertrauensmärchen” bilden seitdem die Eckpfeiler europäischer Wirtschaftspolitik.

Dieser quasi-religiöse Glaube der *Austerianer* an die Ricardische Äquivalenz, und daran, dass Investitionen und Wachstum allein vom Vertrauen der Märkte abhängen, dominiert trotz der Rekorde bei der Arbeitslosigkeit, der Schuldenquoten und der Rezessionsdauer die Politik, obwohl er längst als völlig gescheitert gelten muss. Die europaweite Leugnung der Tatsache, dass nicht alle Wirtschaftsakteure gleichzeitig



sparen können (weil die Möglichkeit des Sparens davon abhängt, dass irgendetwas bereit ist, sich zu verschulden), hat zu enormen sozialen Folgekosten bis hin zu einer humanitären Krise und einem tiefen Vertrauensverlust der Europäer in die politischen Eliten und das Friedensprojekt der europäischen Einigung geführt. Die Vorstädte von Athen, Madrid und Lissabon ähneln heute mehr Beirut.

Fazit

Mark Blyths Buch ist auch für Nicht-Ökonomen leicht zugänglich und trotz einiger weniger, zu vernachlässigender Fehler in der Dogmengeschichte zur Lektüre uneingeschränkt empfohlen. Das vielleicht größte Verdienst seines Buches liegt darin, den handelnden Akteuren die Auswirkungen ihrer fehlgeleiteten Politik auf die Einkommensverteilung und den sozialen Zusammenhalt in Europa aufzuzeigen. Der Wert der menschlichen Arbeit sinkt im gleichen Maße wie das Rezeptbuch der Austeritätspolitik Eingriffe in die industriellen Beziehungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vornimmt. Von neoliberal-konservativen Kräften mag man an diese Versuche gewöhnt sein. Dass aber die europäische Sozialdemokratie im Zuge der Krise den Versuchungen der Austerität mehr und mehr erlegen ist, rührt an den Fundamenten ihres Selbstverständnisses und ihrer Legitimität. Deshalb enthält das für die deutsche Übersetzung geschriebene Schlusskapitel eine eindringliche Warnung an die europäische Sozialdemokratie, ihre Identität nicht an eine zwar verführerische, aber dennoch gefährliche Idee zu verlieren.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Wirtschaftsgeschichte, dem Weltwährungssystem, dem Ziel der Vollbeschäftigung und eine Aufwertung der menschlichen Arbeit gegenüber den Kapitaleinkünften der Rentiersökonomie^[7] ist dafür nötig. Um den Krieg der Ideen führen zu können, muss man sich der Wurzeln seiner intellektuellen Waffen bewusst werden. Mark Blyth bietet seinen Lesern nichts weniger als das. Er erhält deshalb den diesjährigen Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung völlig zu Recht.

Über: Mark Blyth, Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik, Dietz Verlag: Bonn, 2014, 350 Seiten.



Literatur/Quellen:

-
- [1] John Quiggin, *Zombie Economics: how dead ideas still walk among us*, New Jersey: Princeton University Press, 2010.
- [2] John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge University Press Macmillan, [1936] 1973, page 383.
- [3] Blyth zitiert den damaligen US Finanzminister Andrew Mellon nach Herbert Hoovers Memoiren mit dem folgenden Rat an den US-Präsidenten: „Liquidiert die Arbeiter, liquidiert die Aktien, liquidiert die Farmer, liquidliquidiert die Immobilien [damit] „die Fäulnis aus dem System verbannt [werde]. (...) Menschen werden ein moralischeres Leben führen (...) und unternehmerische Menschen werden weniger kompetenten Menschen das Steuer aus der Hand reißen.“ (Seite 163)
- [4] Thomas Herndon, Michael Ash and Robert Pollin, *Does High Public Debt Consistently Stifle Economic Growth? A Critique of Reinhart and Rogoff*, PERI Working Paper Series 322, University of Massachusetts Amherst, April 2013.
- [5] Carmen Reinhart and Kenneth Rogoff, *Growth in Time of Debt*, NBER Working Paper 15639, January 2010, <http://www.nber.org/papers/w15639>
- [6] Alberto Alesina and Silvia Ardagna, *Large Changes in Fiscal Policy: Taxes Versus Spending*. In: *Tax Policy and the Economy*, Volume 24 (2010), The University of Chicago Press.
- [7] Andreas Botsch, *Hypocritical versus Hippocratic Economics*. In: Thomas Palley and Gustav Horn (eds), *Restoring Shared Prosperity: A Policy Agenda from Leading Keynesian Economists*, Washington 2013

Autor: Andreas Botsch, seit 1. Juni 2014 tätig in der Abteilung Vorsitzender beim DGB Bundesvorstand

